



# TRANSPARENCY INTERNATIONAL LUXEMBOURG

## **The press review**

24 au 31 janvier 2013

**Prepared by Transparency International Luxembourg**

### **Disclaimer**

Cette revue de presse est compilée par Transparency International Luxembourg. Les idées et opinions exprimées dans les articles cités sont fournies à titre d'information uniquement et ne représentent pas les idées et opinions de Transparency International Luxembourg, qui s'en distance formellement. La véracité et l'exactitude des documents repris ou cités dans cette revue de presse n'a pas été confirmée par Transparency International Luxembourg. Pour toutes questions concernant ce service, nous vous prions de bien vouloir contacter notre bureau au numéro de téléphone 26 38 99 29 ou par e-mail au [secretariat@transparence.lu](mailto:secretariat@transparence.lu).

### **Information important «hotline anti-corruption»**

Nous vous rappelons que nous avons mis en place une « hotline » qui permet d'obtenir aide et assistance gratuite pour tout fait constitutif de corruption au sens large ou de trafic d'influence(en tant que victime ou de témoin).

Vous pouvez nous joindre à cet effet par téléphone au numéro 26 38 99 29, par email [info@trnsparence.lu](mailto:info@trnsparence.lu) ou alors directement en nos bureaux au 11C, Bd. Joseph II, Luxembourg.

# National

## D'Lëtzebuerger Land schreift vun engem Immobiliekrimi

RTL - 25.01.2013, 06:29 | Fir d'lescht aktualiséiert: 25.01.2013, 06:32

De Krimi spillt an Holland an zu Lëtzebuerg a viséiert sinn de Projetsentwéckler Multiplan vu Belval an de Finanzgrupp SNS Property Finance.



Béid Säite reprochéiere sech géigesäitege Bedruch am méistellege Milliuneberäich.

Dës Woch gouf bekannt datt d'Justiz zu Lëtzebuerg an an Holland enquêtéiert. Dobäi geet ëm Onregelméissegkeeten bei Immobilieprojeten. Op Belval derbäi ass, ass net bekannt. Sécher ass dogéint, datt d'Bank intern iwwert de Belval-Projet enquêtéiert.

GEHEIMDIENST

25. Januar 2013 12:53

# Juncker fordert bessere Kontrolle

*Premierminister Jean-Claude Juncker hat am Freitag als Zeuge vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss Geheimdienst ausgesagt. Juncker ist politischer Chef des SREL.*



*Zeuge Juncker vor dem Untersuchungsausschuss. (Bild: François Aussems)*

Während knapp vier Stunden hat sich Premierminister Jean-Claude Juncker am Freitag den Fragen des Untersuchungsausschusses Geheimdienst gestellt. Juncker war als Zeuge vorgeladen.

Er glaube nicht, dass ein Gespräch zwischen ihm und dem Staatschef, Großherzog Henri, abgehört worden ist, sagte er. Diesbezügliche Gerüchte seien wohl auf eine Aktion der Polizei zurückzuführen, die einer gegen Großherzog Henri ausgesprochenen Bedrohung nachgespürt habe.

Juncker verneinte jegliches Wissen über innenpolitische Spionage während seiner Zeit als Staatsminister. Nach den SREL-Direktoren, frühere und der aktuelle Chef, hört der Untersuchungsausschuss den Staatsminister als politisch Verantwortlichen des SREL.

### **Keine Beobachtung von Linkskräften**

Seines Wissens würden keine Versammlungen von linksgerichteten Kräften beobachtet, betonte Juncker. Er wisse nichts von Beschattungen radikalökologischer Kreise, so der Staatsminister auf eine Frage von Serge Urbany (déi Lénk). Er habe auch derlei Beobachtung nie in Auftrag gegeben. Ihm bereiteten Rechtsextreme mehr Sorgen als die Linken.

Thema der Anhörung war auch die alte Datenbank des SREL, die in den Jahren 1960 bis 2000 angelegt worden ist. Laut Ausschusspräsident Alex Bodry enthält die Datei 4.168 Karteikarten über Luxemburg, 6.645 Karten über Personen, die einen Sicherheitsscheck durchliefen und 2.270 Karten über Vereinigungen und Firmen. In dem von Marco Mille aufgezeichneten Gespräch mit Premier Juncker war noch von 300.000 Eintragungen die Rede.

Nicht Bestandteil dieser Zahlen sind die telefonischen Abhöraktionen des SREL. Juncker zufolge seien seit 1982 etwas mehr als 300 Lauschaktionen durchgeführt worden. Wie viele Beschattungsaktionen der Geheimdienst in der Vergangenheit durchgeführt hatte, konnte Juncker nicht sagen.

### **Wirtschaftsspionage**

Zum Aufgabenbereich des SREL zählt die Abwehr von Wirtschaftsspionage. In der Vergangenheit hätten sich die Betriebe in diesem Zusammenhang wenig Sorgen gemacht, sagte Juncker. SREL-Mitarbeiter würden nun zusammen mit den Betrieben nach Möglichkeiten zur Abwehr von Wirtschaftsspionage arbeiten. Mit Fragen der Wirtschaftsspionage im Wirtschaftsministerium sei ein ehemaliger Mitarbeiter des SREL befasst. Der Beamte hatte den SREL 2008 quittiert.

Nach Ansicht von Juncker sollte das Geheimdienstgesetz reformiert werden. Unter anderem sollten die Regeln für Abhöraktionen präzisiert werden. Bisher sind die nur erlaubt, um das Land vor äußeren Gefahren zu schützen. Juncker zufolge sollte auch der Bereich Bekämpfung von Wirtschaftsspionage berücksichtigt werden.

Verbessert werden müssten auch die Kontrollmechanismen, insbesondere die externen, das Staatsministerium und der Parlamentsausschuss Geheimdienst.

Juncker sollte zufolge müsste dem Ausschuss mehr Personal zur Verfügung gestellt werden.

## Korruption in Schrassig? Gefängnispersonal vor Gericht



Die angeklagten Kantinen-Mitarbeiter sollen mit Lebensmitteln betrogen haben.

Foto: Tessy Hansen

(gs) - Mutmaßliche Korruption sowie vermeintliche Zweckentfremdung von staatlichem Eigentum stehen im Mittelpunkt eines Prozesses, der am Montag wieder vor dem Zuchtpolizeigericht Luxemburg aufgenommen wurde. Auf der Anklagebank mussten dabei drei Angestellte der Strafanstalt Schrassig Platz nehmen.

Den Männern wird zur Last gelegt, das Eigentum der Gefängnisverwaltung für persönliche Zwecke genutzt, Rechnungsbelege gefälscht sowie von Zuwendungen durch Lieferanten profitiert zu haben. Dieses Verfahren war bereits im November 2012 eröffnet, dann aber aufgrund des krankheitsbedingten Ausfalls eines Verteidigers auf Eis gelegt worden.

Dem ehemaligen Leiter der Gefängnisküche wird vorgeworfen, gemeinsam mit zwei mitangeklagten Geschäftsführern von Lebensmittellieferanten insgesamt 170 Rechnungsbelege gefälscht zu haben. Dadurch sollen zwischen Oktober 2004 und Januar 2009 quasi wöchentlich Warenlieferungen in Schrassig eingegangen sein, bei denen sich andere Produkte in der Küche wiederfanden als jene, die auf den Dokumenten angegeben waren und denn auch solche, die nicht den festgelegten „soumissions“ entsprachen.

## **Kollegen wurden stutzig**

Den beschuldigten Anstaltsmitarbeitern wird zudem vorgeworfen, Geschenke von Lieferanten entgegengenommen zu haben. Des Weiteren sollen sie über Gefängnis-Besitz – von der Motorsäge bis zur Hifi-Anlage – auch privat verfügt haben.

Ans Licht war das dubiose Geschäftsgebaren im Jahre 2009 gekommen, als ein Mitarbeiter das für ihn nicht vertretbare Handeln seiner Kollegen meldete. Die Beschuldigten streiten allesamt eine betrügerische Absicht ab und stellen ihr Treiben in den Kontext ihrer normalen beruflichen Tätigkeit.

Die Staatsanwaltschaft sieht das anders und führt in ihrer Anklageschrift Korruption, Betrug, Unterschlagung, Fälschung, Hausdiebstahl und Hehlerei an. Das Verfahren ist auf mehrere Verhandlungstage angesetzt und wird am Dienstag fortgesetzt.



## **Fußball: Katarisches Schmiergeld für Argentinien in Luxemburg geparkt?**

**Aufschlussreiche Untersuchung des Magazins “France Football” über Vergabe der WM 2022**



Foto: Shutterstock

*Von Laurent Schüssler*

Eine Weltmeisterschaft im Wüstenstaat Katar klingt unglaublich. Nicht nur, weil sich die Frage stellt, wie bei Temperaturen von 50 Grad Celsius Fußball auf hohem Niveau gespielt werden. Und das während rund vier Wochen.

Beim Fußballweltverband Fifa sieht man diese Diskussion auch weiterhin als übertrieben an. Interessant in diesem Zusammenhang jedoch, dass das Internationale Olympische Komitee IOC beispielsweise die Kandidatur des Katars für die Olympischen Sommerspiele 2020 ablehnte - auch wegen der hohen Temperaturen vor Ort, obschon die Wettkämpfe in diesem Fall erst im Herbst ausgetragen worden wären.

### **Heftige Vorwürfe**



Schnell wurden vor allem aus Westeuropa Vorwürfe laut, der katarische Fussballverband habe sich die WM 2022 “erkauft”. Da passte es ins Bild, dass der Vorsitzende der europäischen Fußballunion Uefa, Michel Platini, öffentlich zugeben musste, dass er in seiner Eigenschaft als Mitglied des Fifa-Vorstands (der über die Vergabe entschied) ebenfalls für den Katar gestimmt habe. Er tat dies allerdings erst als bekannt wurde, dass sein Sohn Laurent einen Monat nach der WM-Vergabe in die Chefetage der “Qatar Sport Investment” aufgestiegen war.

In einem gut recherchierten Hintergrundartikel in der am Dienstag erschienenen Ausgabe des Magazins “France Football” wird nun auch der Name von Luxemburg im Zusammenhang mit möglichen Schmiergeldern genannt. Bereits vor zwei Jahren hatte das “Wall Street Journal” aufgedeckt, dass ein Mitarbeiter des katarischen Verbandes der argentinischen Fußballföderation eine Spende von umgerechnet 78,4 Millionen Dollar in Aussicht gestellt habe. Julio Grondona, der Vorsitzende des argentinischen Verbandes – und nebenbei Vizepräsident der Fifa und einer der mächtigen Männer im Lande des zweifachen Weltmeisters – dementierte die Meldung zwar, unterließ es aber erstaunlicherweise, eine Klage wegen Verleumdung zu erheben. Auch der argentinische Verband unternahm nichts in dieser Sache.

## **Korruption und Steuerhinterziehung**

Im Zuge der Untersuchungen eines argentinischen Staranwalts gab es laut “France Football” in der Folge Anfragen an die zuständige Staatsanwaltschaft des südamerikanischen Staates, verschiedene Konten von Grondona bei der Hyposwiss Private Bank in der Schweiz, der JP-Morgan-Bank in New York und einer namentlich nicht näher genannten Bank ... eben in Luxemburg näher zu untersuchen. Anfragen, die bisher ergebnislos blieben. In Argentinien sei man - noch immer laut “France Football” - der Meinung, man wolle sich nicht den Unmut von Grondono zuziehen, der auch in hohen politischen Kreisen viele Freunde zählt. Auch wenn weiterhin wegen des Verdachts auf Korruption, Geldwäsche und Steuerhinterziehung in einem hohen zweistelligen Millionenbereich gegen ihn ermittelt wird.



## SREL-Affäre: Hausdurchsuchung im Wirtschaftsministerium



Foto: Steve Remesch (Archiv)

(thi) - Am Dienstagnachmittag wurde auf Anordnung des Untersuchungsrichters und im Rahmen der Geheimdienstaffäre eine Hausdurchsuchung im Wirtschafts- und Außenhandelsministerium durchgeführt.

Wirtschaftsminister Etienne Schneider bestätigte am Mittwochmorgen gegenüber RTL, dass die Ermittler einen früheren Mitarbeiter des SREL im Visier hatten. Der Mann arbeitet seit 2009 in einer sogenannten „Cellule de Recherche et d’Analyse“ im Wirtschaftsministerium. Die Abteilung soll unter anderem Informationen über Unternehmen „aus neuen Ländern“ sammeln, mit denen Luxemburger Betriebe zusammenarbeiten möchten. Diese Recherchen hätten aber nichts mit geheimdienstlichen Recherchen zu tun.

### Anhörung mehrerer Zeugen

Auf parlamentarischer Ebene wurden bereits mehrere Zeugen von der Enquête-Kommission angehört. Letzte Woche hatte Premierminister Jean-Claude Juncker zu den illegalen Abhöraktionen ausgesagt. An diesem Freitag wird Ehrenstaatsminister Jacques Santer befragt werden.

Der Präsident der Enquête-Kommission und die Kriminalpolizei hatten letzte Woche das umstrittene Archiv des Geheimdienstes versiegeln lassen. Damit sind die Akten, die bis 2003 über Einzelpersonen und Organisationen angelegt wurden, dem Zugriff des SREL entzogen.

## Régional & International

### Le Quotidien

Mercredi, Janvier 23, 2013

**Espagne: chute de la popularité du roi Juan Carlos, qui fête ses 75 ans**

## Espagne: chute de la popularité du roi Juan Carlos, qui fête ses 75 ans

2013-01-03 17:23:00



Photo: archives

**La popularité du roi d'Espagne Juan Carlos a plongé durant une année 2012 marquée par un scandale de corruption éclaboussant son gendre et une partie de chasse à l'éléphant controversée, selon un sondage publié jeudi par El Mundo, deux jours avant son 75e anniversaire.**

Seule la moitié (50,1%) des 1.000 personnes sondées par l'institut Sigma Dos pour le journal espagnol dresse un bilan "très bon" (6,6%) ou "bon" (43,5%) des 37 années de règne de Juan Carlos, contre un total de 76,4% un an plus tôt.

Plus largement, "le soutien à la monarchie tombe à un minimum historique de 54%", affirme le journal. Et près de 60% (57,8%) des jeunes d'entre 18 et 29 ans n'estiment pas que ce régime soit la meilleure forme de gouvernance pour l'Espagne, selon l'enquête réalisée par téléphone entre les 21 et 28 décembre.

Juan Carlos, qui a accédé au trône deux jours après la mort du dictateur Francisco Franco en 1975, a bénéficié d'une grande popularité auprès des Espagnols pour le rôle clé joué lors de la

transition vers la démocratie.

Mais la tranche d'âge d'entre 18 et 29 ans "n'a pas vécu la transition, ne connaît pas (cette époque) et ne sent pas non plus un grand intérêt" envers elle, analyse El Mundo.

Le journal publie cette enquête juste avant le 75e anniversaire du roi, samedi, qui sera précédé d'un rare entretien accordé à la télévision publique TVE, diffusé vendredi soir.

Le monarque multiplie les initiatives depuis plusieurs mois pour redorer le blason de la famille royale, entaché par plusieurs scandales.

D'abord par une vaste affaire de corruption aux Iles Baléares qui touche son gendre, Inaki Urdangarin, marié à sa fille cadette, Cristina.

Ensuite, Juan Carlos avait dû se livrer à des excuses publiques sans précédent lorsqu'une chute en avril au Botswana a révélé au public qu'il avait chassé l'éléphant en Afrique, lors d'un voyage coûteux, alors que le pays est englué dans la crise.

Juan Carlos et son équipe tentent aussi de lutter contre l'image d'un roi vieillissant. Il avait ainsi choisi de délivrer son traditionnel discours de Noël debout, appuyé à son bureau, le 24 décembre, trois semaines après avoir quitté l'hôpital après la pose d'une prothèse à la hanche gauche. Cette intervention était survenue peu après les deux opérations subies à l'autre hanche, au printemps, à la suite de sa chute au Botswana.

enquêter.

Mercredi, Janvier 23, 2013

| Italie - 21e journée: Naples tenu en échec laisse filer la Juventus

## Italie - 21e journée: Naples tenu en échec laisse filer la Juventus

2013-01-20 16:28:00



Photo: afp

**Naples, tenu en échec à la Fiorentina (1-1), laisse la Juventus Turin prendre cinq longueurs d'avance en tête du championnat d'Italie, lors de la 21e journée, dimanche.**

La Juve, qui a écrasé l'Udinese samedi (4-0), reprend ses aises en tête. Le Napoli a dominé mais n'a pas pris trois points dans la foulée des deux récupérés en appel dans le scandale des matches truqués du "Calcioscommesse".

Naples reprend la place de dauphin à la Lazio, tenue en échec à Palerme (2-2) la veille.

L'équipe de Walter Mazzarri s'est retrouvé menée sur un but destiné aux sites de partages de vidéos, marqué depuis le milieu de terrain par l'Argentin Facundo Roncaglia, avec la complicité du gardien international Morgan De Sanctis, qui a mal jugé la trajectoire d'une longue passe en cloche qui cherchait Luca Toni (33).

Mais le "Matador" du Napoli, Edinson Cavani, a remis les deux équipes à égalité en reprenant dos au but de la tête un coup franc de Marek Hamsik (42). L'Uruguayen a fait preuve sur le coup de l'adresse qui lui a permis de marquer 100 buts tout rond en Serie A (34 avec Palerme, 66 avec Naples).

"Mes coéquipiers m'avaient dit: +Tu auras un but à manger!+" a dit Cavani à la chaîne Sky Sport (le coup d'envoi était à midi et demi heure italienne, ndlr).

"Je suis très content, mais je pense surtout à l'équipe, il faut continuer de l'avant pour réaliser

nos objectifs", a-t-il ajouté.

Neto, le gardien brésilien qui a pris les galons de titulaire d'Emiliano Viviano depuis un mois, a brillé dans une fin de match où le Napoli appuyait pour l'emporter, repoussant une frappe placée de Gökhan Inler (74), une avancée de Cavani (82) et surtout une tête à bout portant de Goran Pandev (83).

Malgré la mauvaise opération comptable, Cavani, meilleur buteur de Serie A (17 buts) se contentait du résultat. "Ce championnat est très difficile, on peut perdre contre n'importe qui. C'est un point de pris, on pense surtout aux matches qui nous attendent", a-t-il ajouté.

La Fiorentina de son côté arrête l'hémorragie après trois défaites de rang toutes compétitions confondues et reste à la 5e place.

A noter le retour sur le banc du Napoli de Paolo Cannavaro et Gianluca Grava, absous en appel, comme le club, de leurs six mois de suspension pour "non-dénonciation de faits de corruption".



BERUFUNGSPROZESS

23. Januar 2013 15:34

## Ex- Kicker muss für zwei Jahre hinter Gitter

*Ein früherer Fußballnationalspieler aus dem Norden wurde am Mittwoch in zweiter Instanz wegen dubiosen Finanztransaktionen zu zwei Jahren Haft verurteilt.*

Am Mittwoch wurde ein früherer Fußballnationalspieler in zweiter Instanz wegen Fälschung und Betrug zu fünf Jahren Haft verurteilt, von denen drei auf Bewährung ausgesetzt wurden.

In erster Instanz wurde der Angekagte zu sechs Jahren Haft, wovon ein Jahr auf Bewährung, einer Geldstrafe von 10.000 Euro und zu 1,6 Millionen Euro Schadenersatz verurteilt.

### **Drei Millionen Euro**

Die dem Beschuldigten vorgeworfenen dubiosen Finanztransaktionen, die von Lebensversicherungen älterer Kunden bis zur Vermögensverwaltung meist portugiesischer Profifußballer reichten, zogen sich über den Zeitraum zwischen 2001 und 2007 hin und verursachten einen Schaden von rund drei Millionen Euro.

Der heute 52-jährige Theo M., dem neben Betrug und Fälschung auch noch Veruntreuung, Vertrauensmissbrauch, Hausdiebstahl, Hehlerei, und Gebrauch von gefälschten Dokumenten vorgeworfen wird, war in den 90er Jahren nicht weniger als 45 Mal als Stürmer in der Luxemburger Nationalmannschaft selektioniert.

(Carlo Kass/Tageblatt.lu)



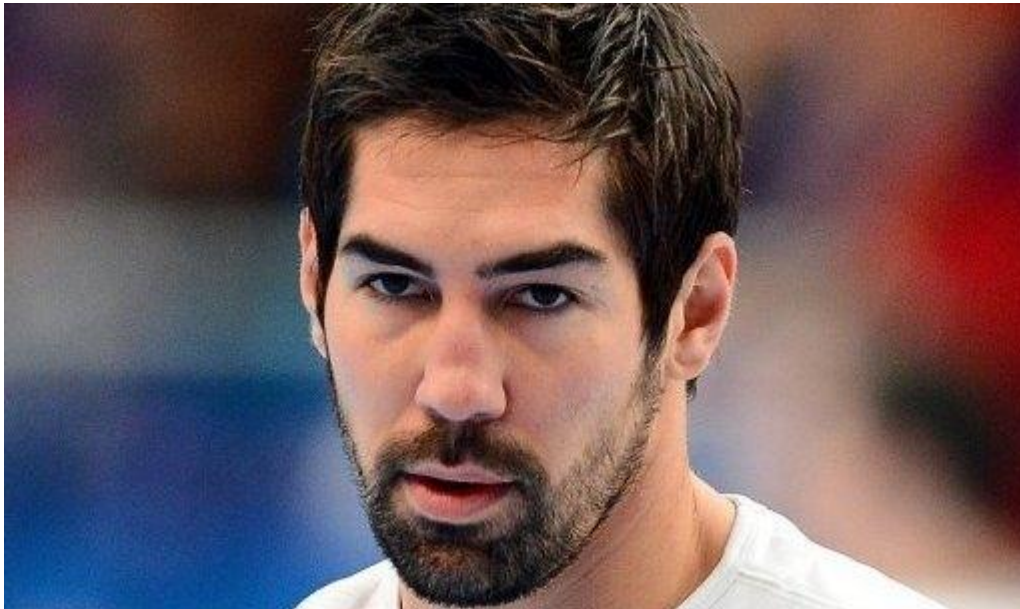
Mëttwoch, 23. Januar 2013

**RTL.lu**

## **Affär Karabatic: Nei Beweiser géint den Handballspiller**

RTL - 23.01.2013, 15:44 | Fir d'lescht aktualiséiert: 23.01.2013, 16:00

Manipulatiounsskandal am Handball: Karabatic hätt um Owend virun der Partie eng App fir Online Wetten erofgelueden, a sech esou Accès verschaaft.



Am internationalen Handball ginn et Nouvelen am Wett a Manipulatiounsskandal ëm den Fransous Nikola Karabatic.

Am Mee 2012 soll hie jo illegal op eng Partie vu senger Equipe Montpellier géint Cesson gewett hunn.

Am Ganze geet et ëm eng Zomm vun 300.000 Euro.

D'AFP mellt um Mëttwoch, dass et nei wichteg Beweiser viru Gericht géinge ginn.

Den 28 Joer ale Karabatic hätt um Owend virun der Partie eng App fir Online Wetten op säi Smartphone erofgelueden, a sech esou Accès verschaaft.

# Bloomberg Homepage

## Bloomberg Blog

### Billionaires From Ambani to Soros Examine Europe in Davos

By Matthew G. Miller - Jan 23, 2013 1:53 PM GMT+0100

Billionaire Nicolas Berggruen wants to talk about economic and political governance at the World Economic Forum's annual meeting in Davos, Switzerland, this week. If only the more than 2,500 business and political leaders attending would put down their BlackBerrys.

"Davos is a bit like speed-dating," Berggruen, 51, said in an interview at Bloomberg's headquarters in New York. "The quality of the people at Davos is very high, and when you get someone to have a conversation, it can be great. But it's tough to find those conversations because everyone is so stretched."



[Enlarge image](#)

### Billionaires From Ambani to Soros Examine Europe in Davos

Erik-Jan Ouwerkerk/Redux

Nicolas Berggruen.

Nicolas Berggruen. Photographer: Erik-Jan Ouwerkerk/Redux



Jan. 23 (Bloomberg) -- Bloomberg Billionaires Editor Matthew G. Miller discusses the big names at Davos. He speaks with Francine Lacqua on Bloomberg Television's "Countdown." (Source: Bloomberg)

Related links:

[More Bloomberg coverage of the 2013 Davos World Economic Forum](#)

[The Bloomberg Billionaires Index](#)

Berggruen is among a contingent of at least 75 billionaires joining the Alpine gathering, according to a list of attendees and promotional materials obtained by Bloomberg News. About a half-dozen of the richest participants, interviewed in advance of the conference, said the European economy should be a priority.

"The euro crisis is entirely political, and is unfinished business," said Berggruen, who has been called the "homeless billionaire" because he roams the world in his Gulfstream IV jet living out of five-star hotels. "It's a sovereignty issue, and all the countries in the region need to prepare to give up a little sovereignty."

The billionaires will find plenty on the agenda, which includes a session this morning on the Global Financial Context, featuring JPMorgan Chase & Co. (JPM) Chief Executive Officer Jamie Dimon and Elliott Management Corp. founder Paul Singer, according to the forum's program.

'Crowd Control'

Italian Prime Minister Mario Monti will address the gathering at 5:45 p.m., followed by a speech from Christine Lagarde, managing director of the International Monetary Fund. European Central Bank President Mario Draghi is scheduled to speak on the "Future of the Euro" Friday.

"I can't get in to some of the events because many of them are full," Henry Ross Perot Jr., 54, chairman of Hillwood Development Co., his family's Dallas-based real estate company, said by phone from London two days ago. "The side meetings you have with partners and bankers actually help with crowd control."

Soros, Usmanov

Perot is one of 18 U.S. billionaires, the largest national collection, followed by India with 17 and Russia with nine. Fourteen of the participants appear on the Bloomberg Billionaires Index, a daily tally of the world's 100 richest people. Among them are U.S. money manager George Soros, Mexican investor Ricardo Salinas, and Alisher Usmanov, Russia's richest man.

The wealthiest participant is Bill Gates, who has a net worth of \$64 billion and ranks second in the world, according to the index, which was released on the Bloomberg Professional Service last March. Today, Bloomberg.com unveiled the ranking with transparent net worth calculations and data visualization.

The richest people on the planet got even richer in 2012, adding \$241 billion to their collective net worth as global markets soared. The aggregate net worth of the world's top moguls now stands at \$1.9 trillion.

Outside the more than 250 sessions and speeches -- including cultural events such as Life Lessons from Jazz and The Garden of My Soul -- the billionaires interviewed said they crave meetings with other executives and politicians, which often take place in private rooms at the forum's Congress Centre, or in nearby hotels or restaurants.

#### Cocktail Circuit

Rich Stromback, chairman of New York-based investment company Stromback Ventures, says he's coordinating meetings and parties for three executives during the event, which he called "Burning Man for billionaires." He said that attendees frustrated with the fast-paced networking during the day should hit the cocktail circuit at night.

Stromback, who has attended Davos since 2006, last year hosted a soiree with Facebook Inc. (FB) co-founder Sean Parker at the piano bar in the Hotel Europe that was attended by billionaire Steve Cohen of Greenwich, Connecticut-based SAC Capital Advisors LP and Chelsea Clinton, daughter of former U.S. president Bill Clinton.

This year, he said, he will focus on smaller events in chalets in the Swiss mountains.

"There's definitely a shift to private, elite events and less public cocktail parties," he said in a phone interview on Jan. 10.

#### Google Party

Google Inc. (GOOG), the world's biggest Internet-search company, won't hold its invitation-only party this year in Davos, the company said in an e-mailed statement Jan. 8 without giving a reason for canceling the party.

The event, famous for the celebrities and political luminaries it lured, had been held at the Steigenberger Grandhotel Belvedere in previous years. The dance floor attracted guests including Gary Cohn, Goldman Sachs Group Inc. (GS) president and chief operating officer, and Cohen of SAC.

"I couldn't give two hoots about the Google party or any other party," said Rahul Bajaj, chairman of Bajaj Group, in a phone interview Jan. 11 from his home in Pune. "I go there to make new friends and network, and to see what others think is happening in the world."

#### Midnight Nightcap

The 74-year-old billionaire, who has been to Davos every year since 1979, said he plans to spend the week learning and enjoying himself. Today, he will go to the session on the global economy, attend a

private meeting with about 100 leaders on the International Business Council, listen to the speeches by Monti and Lagarde, and host a nightcap from 10 p.m. to midnight at the Belvedere hotel.

“We already know what is happening in the world right now,” he said. “Europe and the U.S. will not grow beyond 1 percent this year. The world might grow 2.5 percent instead of 3 percent. Emerging market economies aren’t growing as fast as they once were. It is understandable that companies might scale back the number of people they send to the event.”

Some who usually join the conference will not be in town. Switzerland’s Ernesto Bertarelli, 47, will not be attending this year, according to an e-mail from his Geneva-based spokesman, Mark Bolland, who said the world’s 55th-richest man will be in the U.S. for business. Bertarelli is worth \$15 billion, according to the Bloomberg ranking.

#### Sold Out

Fon Mathuros Chantanayingyong, a spokeswoman for the forum in Geneva, said the event is sold out and there had not been a drop in attendance.

Indian billionaire Malvinder Singh, 40, chairman of Fortis Healthcare Ltd., the country’s second-biggest hospital operator, said he wants to talk about Europe between speaking to other attendees and leading discussions on health care.

“Europe and America -- if they sneeze, the whole world catches a cold,” he said by phone from Singapore on Jan. 8. “America’s economy will run better in 2013. Europe will still be a problem, and we should all be talking about it.”

Billionaire Adi Godrej, the 70-year-old chairman of Mumbai-based Godrej Consumer Products Ltd. (GCPL), India’s second-largest consumer goods maker by value, said he hopes to discuss how economic conditions in Europe will affect emerging markets.

“The global economy is not in good shape,” he said in a phone interview on Jan. 10. “Democrats and Republicans came together to get the U.S. out of its budget difficulties, but those issues are not resolved. And it’s important to know where the euro zone is headed.”

#### Income Inequality

Billionaires’ concern over debt-strapped, recession-hit Europe may be unfounded. Investors are pulling back bets against the euro, signaling the worst of the three-year debt crisis has passed. The euro has gained 11 percent against the dollar since July and is trading at \$1.33, up from its 1999 initial value of \$1.18. Spain’s 10-year bond yield has fallen to 5.12 percent from a euro-era high of 7.75 percent in July.

Godrej said it was also important to discuss corruption. A year ago, he was one of more than a dozen billionaires advocating for more talks on income inequality after wealth disparities helped fuel protests from Cairo to New York in 2011 and the Occupy Wall Street movement cast the richest 1 percent as villains.



Formal discussions on the topic never materialized. Scores of Occupy protesters protested the event by moving into what they called Camp Igloo, featuring the words "Capitalism Kills" spray-painted into the snow in red paint.

Victor Pinchuk, 52, also wanted to talk about inequality last year. The founder of Interpipe, a Ukrainian maker of steel pipes for the oil and gas industries, will host an event in Davos tomorrow about philanthropy, featuring Bill Gates and billionaire Peter Thiel.

'Conventional Wisdom'

"Davos is probably the one place on the Earth where you can get a multidimensional picture of our contradictory and turbulent world," Pinchuk said in an e-mail sent by Dennis Kazvan, a spokesman for his foundation. "If we connected a giant 3D printer to the heads of the participants, we would get an accurate and dynamic model of today's major trends."

Hillwood's Perot, whose father, Ross Perot, twice ran for U.S. president as an independent candidate, said it would take him a month of traveling around the world to see as many people as he can in Davos in three days.

"I also go to see what the conventional wisdom is amongst all the political leaders," he said. "The conventional wisdom normally isn't accurate, and I usually do the opposite. But it's a good thing to know."

To contact the reporter on this story: Matthew G. Miller in New York at [mmiller144@bloomberg.net](mailto:mmiller144@bloomberg.net)

To contact the editor responsible for this story: Peter Newcomb at [pnewcomb2@bloomberg.net](mailto:pnewcomb2@bloomberg.net)

Bloomberg Anywhere

## Bloomberg Homepage

# Peso Beating Rupee Threatens Call Center Growth: Southeast Asia

By Norman P. Aquino & Clarissa Batino - Jan 24, 2013 8:58 AM GMT+0100

For the [Philippines](#)' \$13 billion outsourcing industry, the peso's surge has been compounded by a slide in larger rival [India](#)'s rupee.

Attachment: Bloomberg Ranking: Forecasters of Emerging-Asia Currencies



[Enlarge image](#)

Peso Beating Rupee Threatens Call Center Growth

Julian Abram Wainwright/Bloomberg

Managing the peso might become more challenging once the Philippines wins an investment-grade ranking, said Diwa Guinigundo, deputy governor of Bangko Sentral ng Pilipinas.

Managing the peso might become more challenging once the Philippines wins an investment-grade ranking, said Diwa Guinigundo, deputy governor of Bangko Sentral ng Pilipinas. Photographer: Julian Abram Wainwright/Bloomberg



[Enlarge image](#)

Peso Beating Rupee Threatens Call Center Growth

Julian Abram Wainwright/Bloomberg

A man arranges cartons of eggs at a stall at the Divisoria market in Manila. The Philippine central bank will keep its overnight borrowing rate at a record low 3.5 percent today, according to all 20 economists in a separate Bloomberg survey.

A man arranges cartons of eggs at a stall at the Divisoria market in Manila. The Philippine central bank will keep its overnight borrowing rate at a record low 3.5 percent today, according to all 20 economists in a separate Bloomberg survey. Photographer: Julian Abram Wainwright/Bloomberg

The peso's 6.5 percent gain to 40.622 per dollar in 12 months makes it Asia's best performer, according to data compiled by Bloomberg, while the rupee's 7 percent slump to 53.83 is the region's second-worst decline. Both currencies traded around 44 to 45 versus the greenback two years ago.

"The peso appreciation has become a significant cause for concern," Benedict Hernandez, president of the Business Processing Association of the Philippines, or BPAP, said in a Jan. 15 telephone interview from Manila. "While our costs have always been higher than India, the disparity has widened simply because of the currency."

The central bank has sought to curb the peso's gains as Southeast Asia's fastest-growing economy lures investors seeking higher returns than in developed markets, where interest rates are near zero. In a December survey by BPAP, members of the group cited the currency's strength as a bigger business risk than corruption, natural calamities and poor infrastructure.

"The competitiveness of outsourcing companies may be affected because their revenues are in dollars and costs in pesos," Euben Paracuelles, an economist at Nomura Holdings Inc. in Singapore, said in a Jan. 17 telephone interview. "India's rupee has been going in the other direction," affecting Philippine outsourcing companies even more, he said.

#### Rupee Recovery

Paracuelles said the rupee has "stabilized a bit." The Indian currency has rebounded from a record low of 57.3275 per dollar reached on June 22, data compiled by Bloomberg show. It will strengthen to 50 this year as the central bank cuts interest rates to jump-start the slowest growth in a decade, according to Commerzbank AG, which had the closest estimates in the last six quarters as measured by Bloomberg Rankings.

Prime Minister Manmohan Singh's government increased a tax on bullion shipments to curb gold imports, which account for 80 percent of the nation's record current-account deficit. The measure will support the rupee, Paresh Nayar, head of money markets and currency at FirstRand Ltd. (FSR) in Mumbai, said in a Jan. 21 interview.

#### 'Stable Currency'

"We'd rather have a stable currency because it would make it easier for us to sign long-term contracts," Som Mittal, president of Nasscom, the industry lobby group for Indian software and technology companies, said in a Jan. 17 interview. "We'd rather the exchange rate not be a source of profit or loss for our companies."

The peso touched 40.55 per dollar on Jan. 14, its strongest level since March 2008, according to data from Tullett Prebon Plc. The Philippine currency will probably strengthen to 40.5 this quarter, according to the median estimate of 26 analysts in a Bloomberg survey.

Convergys Corp. (CVG), Aegis PeopleSupport Inc. and Teleperformance (TLPFF) are among global companies operating in the Philippines that develop software, run call centers and back offices

providing services such as medical transcripts, finance and accounting. The business-process outsourcing generated about \$13 billion in revenue last year, according to BPAP, which predicts sales will almost double to \$25 billion in three years.

The industry employed 772,000 people in the Philippines last year and made up about 5.9 percent of gross domestic product, making it the country's third-largest net dollar earner after tourism and remittances, according to Hernandez, who is also the local BPO operations chief at Accenture Plc (ACN), the world's second-largest technology-consulting company.

#### Industry Overview

The BPAP estimates the industry will employ 1.3 million people in 2016 and account for 10 percent of GDP, matching the share of remittances by overseas workers.

While India's annual outsourcing revenue of \$100 billion to \$105 billion is eight times the size of the Philippines, the Southeast Asian nation's pool of English speakers give it an advantage in offering voice services to customers in the U.S., according to an Oct. 31 report by industry adviser Everest Group.

Voice services accounted for 69 percent of 2011 BPO revenue in the Philippines, and the industry is starting to diversify beyond call centers, the Everest Group said in a separate report dated May 14, 2012. The Philippines has overtaken India as the largest provider of voice services, according to BPAP's Hernandez.

#### Lost Business

The nation's outsourcing industry can compete against most other countries in terms of cost and quality, Hernandez said. Even so, "we can't sustain our growth and attractiveness if the peso continues to strengthen," he said, adding that BPAP has sought a meeting with the central bank to express concern about the appreciation.

In last month's survey by the outsourcing group, 47 percent of respondents said meeting sales targets has become tougher, while 40 percent said they lost some business to foreign rivals.

Bangko Sentral ng Pilipinas joined South Korean authorities last month in clamping down on exchange-rate volatility. On Dec. 26, the central bank said it will impose a ceiling on non-deliverable forward contracts for local lenders at 20 percent of capital, and 100 percent for foreign entities. In January 2012, it ordered lenders to provide more funds to cover risks on those hedges, and in July banned foreign funds from putting money on its high-yielding accounts to limit inflows.

BSP will impose further prudential measures to keep "excessive volatility" in check, Governor Amando Tetangco said in a Jan. 14 e-mail.

#### 'Shows Intervention'

Philippine foreign-exchange reserves increased by \$9 billion to a record \$84.2 billion, which "shows the extent of BSP's intervention," Deputy Governor Diwa Guinigundo said in a Jan. 15 interview. "Without us intervening, the peso could have been much stronger."

Standard & Poor's raised its outlook on the nation's credit rating to positive on Dec. 20, saying an upgrade is possible in 2013, after the economy expanded 7.1 percent in the third quarter from a year earlier, the fastest pace in two years. The Philippines has the highest junk rating at S&P, Moody's Investors Service and Fitch Ratings.

S&P and Fitch cut their ratings outlook for India's investment-grade ranking to negative last year, saying it may be downgraded to junk if growth and policy reforms slow.

Asia's third-largest economy will expand as little as 5.7 percent in the year through March 31, the government said Dec. 17, the least in a decade. The Reserve Bank of India will cut its benchmark repurchase rate to 7.75 percent from 8 percent at a Jan. 29 review, according to 15 of 18 analysts in a Bloomberg survey. Two predict a cut to 7.50 percent and one no change.

'No-Brainer'

The Philippine central bank will keep its overnight borrowing rate at a record low 3.5 percent today, according to all 20 economists in a separate Bloomberg survey.

Managing the peso might become more challenging once the Philippines wins an investment-grade ranking, Guinigundo said. The outsourcing industry should ask the government for help in cutting costs in other ways, he said.

"We can't change the exchange-rate system just to be competitive with India," the deputy governor

# Bloomberg Homepage

## Vietnam Seeks Constitutional Revision to Support Economic Change

By Bloomberg News - Jan 24, 2013 8:18 AM

GMT+0100

Vietnam will amend its constitution to allow for changes to the economy, as it seeks to extend the growth dividends of a shift from Soviet-style central planning to a market-oriented model more than two decades ago.

The goal is to ensure synchronized political and economic change, Deputy Minister of Justice Hoang The Lien said in a question-and-answer session on the draft revisions, according to a transcript on the government's website. Adjustments will be made in articles on the economy, education, environment and culture, according to Nguyen Van Phuc, deputy head of the National Assembly's Economic Committee and the team drafting the amendments, the second set since a new constitution in 1992.

"The 1992 constitution was built when we were at the start of the economic reform process," Lien said. "The 1992 constitution targeted economic changes, with an important switch from a centrally-planned economy to a market-oriented economy. We obtained great developmental achievements in the past 20 years. In reviewing the past 20 years implementing the 1992 constitution, we realized that there are still many issues."

Once Southeast Asia's fastest-rising destination for foreign investment, Vietnam's expansion has eased since the early boom from the 1986 "Doi Moi" economic renovation that allowed private business. The Communist Party government has pledged to restructure banks, curb corruption and reorganize the public sector as the country loses out to faster-growing rivals such as Indonesia in recent years.

'Low' Growth

Vietnam must accept "low" economic growth while it restructures its economy and should aim for annual expansion of at least 5 percent, according to President Truong Tan Sang. The economy expanded 5.03 percent in 2012, the slowest pace in 13 years, as a slump in bank lending damped domestic demand, adding pressure on the government to revamp the financial system and attract more foreign investment.

A draft of the revised constitution removes language stipulating that the state sector will "assume the leading role" in the national economy.

“It shows a huge advance and change in thinking,” said economist Le Dang Doanh, who has advised Prime Minister Nguyen Tan Dung. “If it’s approved, there’ll be no ground for state enterprises to continue being overly pumped with state money and receiving special treatment.”

The draft also indirectly acknowledges the role of the private sector.

#### Equal Treatment

“Vietnam’s economy is a socialist-oriented market economy with many forms of ownership and economic sectors,” according to the draft. “All economic sectors are important components of the national economy, and together, will be developed in the long term,” operating equally and competitively under the law, according to the draft, which was posted on the government website for public feedback this month.

The revised constitution will include an emphasis on human rights and citizens’ rights, Phuc said, according to the transcript released on the government’s website yesterday. Changes to the constitution will provide the “political premise for economic development,” Lien said.

The draft amendments will be submitted to the National Assembly for approval following public consultation. The assembly will complete the revised constitution draft by March 31 and it will be discussed at the next legislative meeting in May. A final version will be reviewed and approved at the end of the year, Nguyen Si Dung, the National Assembly’s deputy chief administrator, said by phone today.

To contact Bloomberg News staff for this story: Nick Heath in Hanoi at [nheath2@bloomberg.net](mailto:nheath2@bloomberg.net); Nguyen Dieu Tu Uyen in Hanoi at [uyen1@bloomberg.net](mailto:uyen1@bloomberg.net)

To contact the editor responsible for this story: Stephanie Phang at [sphang@bloomberg.net](mailto:sphang@bloomberg.net)



# Bloomberg Homepage

## Mafia Victim's Son Holds Key to Bersani Winning Key Region

By Marco Bertacche - Jan 24, 2013 10:46 AM GMT+0100

Italy's Lombardy region, Silvio Berlusconi's stronghold for 20 years, is the main battleground for February's national vote, with the Democratic Party pinning victory hopes on the son of a lawyer killed by the Mafia.

Democratic Party head Pier Luigi Bersani leads in national polls for the Feb. 24-25 elections, though Berlusconi's coalition is gaining and could deny him a majority in the Senate, where seats are based on regional support. Bersani has tapped Umberto Ambrosoli to run for governor of Lombardy in hopes he'll help boost Bersani's Senate tally in a region dubbed Italy's Ohio for its importance in shaping the vote's outcome.



Jan. 24 (Bloomberg) -- Umberto Ambrosoli, the center-left candidate for governor in Italy's Lombardy region, talks about the Senate race leading to the nation's Feb. 24-25 elections. He spoke Jan. 22 with Bloomberg's Marco Bertacche in Milan. (This interview is in Italian. Source: Bloomberg)

"The real battle is here," Bersani, the center-left's candidate for prime minister, said at a Jan. 19 press conference in Milan, Lombardy's capital. "Our efforts and the energy we're putting into this show the national dimension of Lombardy."

Without Lombardy, which has 49 of the Senate's 315 seats, Bersani would probably have to win the remaining 19 regions or seek an alliance with Prime Minister Mario Monti's coalition to govern. Such a pact could strain Bersani's ties with his union-backed partners, risking political instability in a country that has averaged almost a government a year since World War II.

Fifth of GDP

With a population of 10 million people, Lombardy is the biggest of the country's 20 regions and its economy is equivalent to the size of Austria's, generating a fifth of Italy's \$2.2 trillion gross domestic product. The national vote coincides with a regional ballot in Lombardy to choose a new governor after the administration of Roberto Formigoni -- backed by Berlusconi and the Northern League -- collapsed after 17 years in power amid several corruption probes.

Ambrosoli, whose father Giorgio was shot dead in 1979 by the Mafia after investigating Sicilian banker Michele Sindona, is challenging frontrunner Roberto Maroni and former Milan mayor Gabriele Albertini for the governor's position. Head of the once-separatist Northern League, Maroni served as interior minister in Berlusconi's last government.

Ambrosoli, a 41-year-old criminal lawyer, is portraying himself as a political outsider who can restore credibility to a regional government tainted by corruption investigations. "Scandals at a national level and a regional one, where the center-right was ruling, have shown that those who governed were more concerned with themselves than the public good," Ambrosoli said in a Jan. 22 interview.

#### Corruption Cases

Among the regional council members under probe are Nicole Minetti, a former showgirl and dental hygienist, for allegedly securing young women for Berlusconi's parties, as well as Northern League founder Umberto Bossi's son Renzo, who resigned in April amid an investigation into party financing. Both have denied wrongdoing.

Maurizio Pessato, head of polling firm SWG, said while the Berlusconi-Northern League alliance has a stronger base in Lombardy, Ambrosoli is helping keep the race close. Maroni is leading 35.2 percent to 34.5 percent, according to the average of seven polls this month. That's within the margin of error.

"By betting on a victory by Ambrosoli, Bersani hopes that he can produce a knock-on effect on the national vote and ensure the prize of Lombardy in the Senate, which is key for governability."

Under voting rules in the Senate, the winning coalition gets a bonus premium and is awarded at least 27 seats with the other parties sharing the remaining 22. In the Chamber of Deputies that premium is granted nationally, so the winner automatically gets 54 percent of seats in the lower house, increasing governability there.

#### Opinion Polls

Bersani's coalition has the support of 39.2 percent of potential Senate voters nationally compared with 26.2 percent for Berlusconi's bloc, according to a poll by Ipsos released on Jan. 22. Even if that prediction proves accurate, without Lombardy Bersani will probably fall short of a Senate majority.

Even carrying the region in the Senate may still not be enough for Bersani to win control of the upper house, according to the polls. The center-left may need to grab areas such as Campania, the country's second-biggest region, or both Sicily and Veneto, where Berlusconi's forces are strong. Bersani said in an interview on RAI 3 television today that a report today in newspaper La Stampa saying he would ask for a second vote in just the Senate if he doesn't win a majority is "fantasy."

#### Campaign Spending

Ambrosoli is running a low-budget campaign, having spent 186,000 euros (\$247,000) so far for billboards in Lombardy, which extends north to the Swiss border. The Maroni-led coalition has so far spent about 1 million euros on billboards, he said. Still, he's convinced voters are seeking change after almost two decades of center-right rule. "This time the center-left can win."

Maroni, 57, rebuffed accusations of lower ethical standards in the center-right group, saying on Twitter Jan. 18 that he will build on his experience as former interior minister fighting organized crime. Maroni is trying to lure voters with a proposal to cut regional taxes and merge Lombardy with other northern areas to bolster their influence.

“My opponents are just talking, I have concrete proposals,” such as keeping 75 percent of tax revenue within the region, Maroni said at Cernobbio’s Villa Erba on Jan. 16.

To contact the reporter on this story: Marco Bertacche in Milan at [mbertacche@bloomberg.net](mailto:mbertacche@bloomberg.net).

To contact the editor responsible for this story: Jerrold Colten at [jcolten@bloomberg.net](mailto:jcolten@bloomberg.net)

# Bloomberg Homepage

## Slovenian Coalition Member Pulls Out as Bailout Risk Rises

By Boris Cerni - Jan 24, 2013 10:03 AM GMT+0100

Slovenia lurched toward early elections and a bailout after the Citizens List party pulled out of the ruling coalition because of corruption allegations against Prime Minister Janez Jansa.

Citizens List, which announced the move yesterday, has seven lawmakers in the 90-member chamber, leaving Jansa short of the 46-vote majority needed to pass legislation. Party leader Gregor Virant said in televised remarks that he'd resign as parliamentary speaker, while Janez Sustersic, another party member, will step down as finance minister.

"Slovenia needs a snap election like it needs a hole in the head," Nicholas Spiro, managing director of Spiro Sovereign Strategy in London, said yesterday in an e-mail. "Slovenia sticks out like a sore thumb in the central European region in terms of the severity of the economic downturn this year. Political risk is the last thing the country needs."

The Alpine nation is looking to avoid becoming the sixth euro-area nation to resort to financial aid after the government devised a 4 billion-euro (\$5.32 billion) bank bailout. Jansa's Cabinet, less than a year in office, is working on an economic overhaul and savings measures to cope with the country's second recession in three years.

Other partners in the five-party coalition have said they may also quit after the anti-graft agency found Jansa failed to declare more than 200,000 euros in private assets, raising the chance of a second early vote in less than a year. The premier has called the omission an accident.

### 'Dissolving Coalition'

"Early elections don't seem likely at the moment," Andraz Grahek, director of consultancy Capital Genetics in the Slovenian capital, Ljubljana, said yesterday by phone. "We're facing months of uncertainty where each decision will be burdened by constant testing of support for dissolving the coalition."

The country risks a credit-rating downgrade, an increase in risk premium on Slovenian bonds and in the cost of capital in case of snap elections, which would also halt efforts to lead the economy out of the crisis, Jansa said Jan. 11. Moody's Investors Service rates Slovenia at Baa2, its second-lowest investment grade, while Standard & Poor's gives it an A rating with a credit-watch negative outlook.

Jansa said he laid out to party leaders on Jan. 22 the consequences of "prolonged political instability due to an effort to break apart the government," according to the government's website. "I'm surprised Citizens List didn't feel the need to talk before such radical statements and decisions."

## Bond Yield

Addressing criticism that his party was triggering political turmoil, Citizens List's Virant, who favors an early vote, blamed Jansa and said the crisis began when the anti-corruption commission presented its findings.

The yield on Slovenia's 2022 dollar-denominated bond rose 4 basis points by 9:17 a.m. in Ljubljana to 5.18 percent, the highest since Dec. 18 on a closing basis, according to data compiled by Bloomberg. The SBITOP (SBITOP) share index fell 0.7 percent from today's open to 635.01 at 9:430 a.m.

The cost of insuring the debt with credit-default swaps, which rise as perceptions of creditworthiness worsen, increased one basis point to a month high of 256, the third-highest level among countries in emerging Europe tracked by Bloomberg.

"A coalition break-up would represent a hurdle for the implementation of the proposed bad bank, despite the law already being approved, as key implementation rules have not yet been set up," Jaromir Sindel, an economist at Citigroup Inc. (C) in Prague, wrote yesterday in a note. "This would be of a particularly negative consequence, if the bad bank becomes the topic of any pre-election campaign."

## Bad Bank

Sustersic helped pass legislation to create the so-called bad bank that will take non-performing loans from lenders such as Nova Ljubljanska Banka d.d. and Nova Kreditna Banka Maribor. (KBMR) In exchange, the banks would receive government-guaranteed bonds. Lawmakers also passed budgets for this year and next as well as changes to the pension system to ease the burden on public finances.

The government may sell as much as 3 billion euros of debt this year to repay maturing credits as yields fall, finance the budget and recapitalize the banking industry, Deputy Finance Minister Dejan Krusec told reporters in Vienna Jan. 15.

Gross domestic product fell 3.3 percent from a year earlier in the third quarter, the third-biggest drop in the euro region after Greece and Portugal, as consumption slumped and exports to Europe eased.

To contact the reporter on this story: Boris Cerni in Ljubljana at [bcerni@bloomberg.net](mailto:bcerni@bloomberg.net)

To contact the editors responsible for this story: Balazs Penz at [bpenz@bloomberg.net](mailto:bpenz@bloomberg.net); James M. Gomez at [jagomez@bloomberg.net](mailto:jagomez@bloomberg.net)

## How the Vatican built a secret property empire using Mussolini's millions

Papacy used offshore tax havens to create £500m international portfolio, featuring real estate in UK, France and Switzerland

- [David Leigh](#), Jean François Tanda and Jessica Benhamou

[The Guardian](#), Monday 21 January 2013 20.23 GMT



Behind Pope Benedict XVI is a portfolio of property that includes commercial premises on London's New Bond Street. Photograph: Alessandra Benedetti/Corbis

Few passing London tourists would ever guess that the premises of Bulgari, the upmarket jewellers in New Bond Street, had anything to do with the pope. Nor indeed the nearby headquarters of the wealthy investment bank Altium Capital, on the corner of St James's Square and Pall Mall.

But these office blocks in one of London's most expensive districts are part of a surprising secret commercial [property](#) empire owned by the [Vatican](#).

Behind a disguised offshore company structure, the church's international portfolio has been built up over the years, using cash originally handed over by Mussolini in return for papal recognition of the Italian fascist regime in 1929.

Since then the international value of Mussolini's nest-egg has mounted until it now exceeds £500m. In 2006, at the height of the recent property bubble, the Vatican spent £15m of those funds to buy 30 St James's Square. Other UK properties are at 168 New Bond Street and in the city of Coventry. It also owns blocks of flats in Paris and Switzerland.

The surprising aspect for some will be the lengths to which the Vatican has gone to preserve secrecy about the Mussolini millions. The St James's Square office block was bought by a company called British Grolux Investments Ltd, which also holds the other UK properties. Published registers at Companies House do not disclose the company's true ownership, nor make any mention of the Vatican.

Instead, they list two nominee shareholders, both prominent Catholic bankers: John Varley, recently chief executive of Barclays Bank, and Robin Herbert, formerly of the Leopold Joseph merchant bank. Letters were sent from the Guardian to each of them asking whom they act for. They went unanswered. British company law allows the true beneficial ownership of companies to be concealed behind nominees in this way.

The company secretary, John Jenkins, a Reading accountant, was equally uninformative. He told us the firm was owned by a trust but refused to identify it on grounds of confidentiality. He told us after taking instructions: "I confirm that I am not authorised by my client to provide any information."

Research in old archives, however, reveals more of the truth. Companies House files disclose that British Grolux Investments inherited its entire property portfolio after a reorganisation in 1999 from two predecessor companies called British Grolux Ltd and Cheylesmore Estates. The shares of those firms were in turn held by a company based at the address of the JP Morgan bank in New York. Ultimate control is recorded as being exercised by a Swiss company, Profima SA.

British wartime records from the National Archives in Kew complete the picture. They confirm Profima SA as the Vatican's own holding company, accused at the time of "engaging in activities contrary to Allied interests". Files from officials at Britain's Ministry of Economic Warfare at the end of the war criticised the pope's financier, Bernardino Nogara, who controlled the investment of more than £50m cash from the Mussolini windfall.

Nogara's "shady activities" were detailed in intercepted 1945 cable traffic from the Vatican to a contact in Geneva, according to the British, who discussed whether to blacklist Profima as a result. "Nogara, a Roman lawyer, is the Vatican financial agent and Profima SA in Lausanne is the Swiss holding company for certain Vatican interests." They believed Nogara was trying to transfer shares of two Vatican-owned French property firms to the Swiss company, to prevent the French government blacklisting them as enemy assets.

Earlier in the war, in 1943, the British accused Nogara of similar "dirty work", by shifting Italian bank shares into Profima's hands in order to "whitewash" them and present the bank as being controlled by Swiss neutrals. This was described as "manipulation" of Vatican finances to serve "extraneous political ends".

The Mussolini money was dramatically important to the Vatican's finances. John Pollard, a Cambridge historian, says in *Money and the Rise of the Modern Papacy*: "The papacy was now financially secure. It would never be poor again."



From the outset, Nogara was innovative in investing the cash. In 1931 records show he founded an offshore company in Luxembourg to hold the continental European property assets he was buying. It was called Groupement Financier Luxembourgeois, hence Grolux. Luxembourg was one of the first countries to set up tax-haven company structures in 1929. The UK end, called British Grolux, was incorporated the following year.

When war broke out, with the prospect of a German invasion, the Luxembourg operation and ostensible control of the British Grolux operation were moved to the US and to neutral Switzerland.

The Mussolini investments in Britain are currently controlled, along with its other European holdings and a currency trading arm, by a papal official in Rome, Paolo Mennini, who is in effect the pope's merchant banker. Mennini heads a special unit inside the Vatican called the extraordinary division of APSA – Amministrazione del Patrimonio della Sede Apostolica – which handles the so-called "patrimony of the Holy See".

According to a report last year from the Council of Europe, which surveyed the Vatican's financial controls, the assets of Mennini's special unit now exceed €680m (£570m).

While secrecy about the Fascist origins of the papacy's wealth might have been understandable in wartime, what is less clear is why the Vatican subsequently continued to maintain secrecy about its holdings in Britain, even after its financial structure was reorganised in 1999.

The Guardian asked the Vatican's representative in London, the papal nuncio, archbishop Antonio Mennini, why the papacy continued with such secrecy over the identity of its property investments in London. We also asked what the pope spent the income on. True to its tradition of silence on the subject, the Roman Catholic church's spokesman said that the nuncio had no comment.

**Edition: UK**

**theguardian**

## **Latvia: Russia's playground for business, politics – and crime**

Mystery of missing tycoon shows how Russian influence is growing again in small Baltic nation

[Luke Harding](#) in Jurmala, [Latvia](#)

[guardian.co.uk](http://guardian.co.uk), Wednesday 23 January 2013 16.18 GMT



The Latvian resort of Jurmala is popular with rich Russians in the summer months.

Photograph: Alamy

The Russian tycoon Leonid Rozhetskin was last seen alive in the pretty seaside town of Jurmala, on the Baltic coast of [Latvia](#). That was five years ago. Detectives found ominous clues inside his villa, including blood on the floor, but no body.

Then last summer police discovered human remains 25 miles away in a forest. Inside a pocket was Rozhetskin's credit card. So far officials have been unable to say for sure that the corpse is that of the missing multi-millionaire.

The presumed murder is a vivid example of how Latvia – a small Baltic nation of 2 million people on the doorstep of [Russia](#) – has become a playground for Russian interests: business, political and, above all, criminal. Or often, as in the Rozhetskin case, all three. Like many rich Russians he had numerous enemies. The Guardian has even been told the name of the hitman who allegedly killed him.

Two decades after Latvia declared independence from the Soviet Union, joining the EU and Nato in 2004, Russian influence is growing again.

It is most visible in Jurmala, the picturesque resort of pine forests and wooden dachas from where Rozhetskin is thought to have disappeared. Every summer Russia's fashionable super-rich gather here for the New Wave pop festival. They meet, socialise and party. A table in the VIP lounge of the town's concert hall costs £25,000. It is joked that their combined wealth exceeds Latvia's budget.

The guests are a who's who of [Vladimir Putin's](#) Russia – oligarchs, Duma MPs, crooners and spies. Two years ago Roman Abramovich dropped by and went for a walk in the sand dunes. Other summer visitors include Rinat Akhmetov, Ukraine's richest man, and Russian billionaire Mikhail Fridman. Also there last year was Vladimir Pronichev, deputy director of Russia's powerful FSB spy agency, and the man responsible for guarding the country's borders.

According to Leonid Jakobson, an investigative journalist based in the capital, Riga, Jurmala also attracts another clientele: the Russian [mafia](#).

Last year a Russian businessman, Nikolai Kirillov, was shot dead while returning from the beach with a 24-year-old female companion. There was a theory he was involved in smuggling. As is often the case, nobody was caught.

In 2010 Vyaschaslav Shestakov, a Russian alleged to be a gangster, moved to Jurmala. He was said to be an emissary of the mobster Aslan Usoyan, also known as Grandpa Hasan, who [was gunned down last week](#) while leaving his favourite Moscow restaurant. Last month the Latvian authorities [banned Shestakov from the country](#), and from the rest of the EU.

"Jurmala isn't really a music festival. You don't need to go to Latvia to listen to Russian pop stars. You can do that in Russia," Jakobson said. "In reality Jurmala is an important moment. The Russian mafia and Russian government are together in one place. They discuss common problems, global problems and how to move money through the Baltics."

Some including Jakobson believe the Kremlin's agenda in Latvia is to slowly reverse the country's strategic direction from pro-west to pro-Moscow. This is not as far-fetched as it may seem. Ukraine, Kyrgyzstan and, arguably, Georgia have all recently returned to Russia's geo-political fold following unsuccessful revolutions.

Latvia has the biggest proportion of ethnic Russians of the three post-Soviet Baltic states, accounting for about 25% of Latvia's population. Some 37% speak Russian as a first language, the highest figure for any EU country. The charming capital Riga is effectively bilingual, with Russian and Latvian spoken on its art nouveau streets.

There is also growing evidence the country has become a haven for dubious Russian money.

In [a report last week](#) the European commission praised Latvia's post-2008 economic recovery. But it said the authorities had not done enough to stop Latvia's banking system being used for "complex economic, financial, money laundering, and tax evasion crimes".

In recent months wealthy Russians have abandoned Cyprus, which is seeking an EU bailout, and moved their company registrations to Latvia.

Half of all money now invested in Latvia – \$10bn – comes from non-resident depositors. Most live in Russia and former Soviet republics such as Ukraine, Kazakhstan and Turkmenistan. The US state department has expressed concern that this reliance on outside money creates a "systemic money-laundering risk".

"Latvia seems to be the first point of call for money launderers to get their cash into the EU," said Tom Mayne, of the campaign group [Global Witness](#). "Once you get money into the EU there are close relations between EU banks, and you can move it around easily. Latvia is one of the main hubs. It's a point of weakness."

Latvian financial regulators say they have introduced tough measures to clamp down on money-laundering and suspicious transactions. They say Latvia, with its large financial services industry, is not the only European country that does business with Russia. "The EU is still buying gas from Russia. We are part of the west," said Kristaps Zakulis, the head of Latvia's bank regulator, FKTK.

But many see evidence of Russian soft power at work. Jakobson's [investigative website](#) has made him plenty of enemies. Last year unknown assailants attacked him in the stairwell of his home, slashing his face with a knife.

He had also [published emails that allegedly showed Russia's foreign intelligence agency, the SVR, had secretly financed the 2009 municipal election campaign of Nils Ušakovs](#), now Riga's mayor. Ušakovs does not dispute the authenticity of the emails but police interrogated the journalist for two days over their possible theft.

Ušakovs, a young and energetic former journalist, is ethnic Russian. He leads the Harmony Centre, a five-party coalition that predominantly enjoys support from Latvia's ethnic Russian voter base. Latvia's harsh post-2008 austerity programme may have delighted the IMF, but it has alienated many. The populist Harmony Centre could well play a role in a future national coalition government.

Ethnic Latvians view the party's rise with concern, seeing it as a proxy for Moscow's business and political interests. The party has fuelled suspicion by signing a co-operation agreement with Putin's United Russia party.

Moscow, meanwhile, has staged military exercises on Latvia's border, while the ultra-nationalist Duma MP Vladimir Zhirinovskiy has called on Russia to annex the parts of eastern Latvia dominated by ethnic Russians.

EU diplomats in Riga confirm that Russian intelligence agencies in Latvia are highly active. "They have successfully penetrated Russian elites in this country," one said.

Boris Karpichkov, a Latvian former KGB agent now based in Britain, said Latvia's geographical position, bridging Russia and the west, made it an ideal entry point for Russian espionage, smuggling and laundering of criminal proceeds. He said: "Latvia is in the centre of the three Baltic states. Russia's security services use Latvia like a trampoline, to send their

people to [Europe](#) and the US." Russian spies with Latvian passports can travel undetected across the EU, he said.

The Kremlin has also sought to bolster its influence via Latvia's Russian language press. An anonymous offshore company owns many newspaper titles; their real owner is suspected to be a pro-Kremlin businessman. All portray Putin favourably. Pro-Putin Russian state television is widely viewed; Russia has also distributed history textbooks to schools that portray Latvia's post-1944 Soviet occupation as "liberation".

Valeri Belokon, a Latvian banking tycoon, former owner of a Russian-language newspaper, and president of Blackpool FC, said Moscow was undoubtedly trying to return Latvia to its sphere of influence. "Unfortunately it's true. I'm afraid of all this Russian capital. Capital is influence. Latvia is an open country. And I'm not against tourism or business. But the danger for a small country is that we become dependent on Russia. We definitely have to defend ourselves."

Many of the apartments in Jurmala are Russian-owned. Buying property in Latvia entitles the owner to residency. This allows visa free travel across the EU. Even the Russian ambassador to Latvia lives here, in an imposing yellow and white mansion next to the sea.

Many ethnic Latvians despise the Jurmala festival. Local businesses, by contrast, welcome it.

From her home in the US, Rozhetskin's mother has accused Russian agents of murdering her son. The tycoon had fallen out with the Kremlin before his death, and was embroiled in business disputes with Russia's then communications minister and other well-connected oligarchs.

One tantalising version suggests Rozhetskin faked his own death, and is alive and well in the US living under a false name. Either way his house, next to Jurmala's cemetery, was eerily empty last week. There was no sign its owner will return any time soon.





**Lindependant.fr**

## **Espagne** Indignation et menace d'explosion sociale face à la corruption des politiques

Le 25 janvier à 09h42 | Mis à jour il y a 2 heures



L'indignation

gronde partout PHOTO/AFP JOSEP LAGO

*"Ici personne n'est jamais responsable de rien. **Tous corrompus**": la colère des Espagnols face à la multiplication des scandales de corruption grandit chaque jour dans les manifestations contre l'austérité, mettant en lumière les failles du système de contrôle de la démocratie.*

"Il y a **entre 200 et 300 élus mis en cause par la justice pour corruption** qui se concentrent dans **cinq régions** du pays: la **Catalogne**, dirigée par une coalition nationaliste, les **Baléares**, **Valence** et la **Galice**, gouvernées par la droite, ainsi que l'**Andalousie**, par la gauche, explique le président de la branche espagnole de l'organisation anti-corruption Transparency International, Jesus Lizcano.

Même si **ce chiffre** ne représente qu'une minorité des plus de 50.000 élus du pays, "il est **alarmant** et demande une réponse urgente", estime-t-il.

Ces affaires, qui touchent le plus souvent **des personnalités politiques locales**, ont entamé jusqu'à la popularité du roi d'Espagne dont le gendre, Iñaki Urdangarin, est cité dans une enquête pour corruption aux Baléares.

Le dernier scandale en date a jeté la suspicion au sein même du gouvernement de droite de Mariano Rajoy, choquant le pays pourtant habitué à voir s'étaler les affaires de corruption à la Une des médias. Cette fois, c'est l'ex-trésorier du Parti populaire de Mariano Rajoy, Luis Barcenas, qui aurait, selon le quotidien de centre-droit El Mundo, distribué pendant deux décennies des enveloppes mensuelles allant de 5.000 à 15.000 euros à des dirigeants du PP.

Les dirigeants actuels ont tous fermement nié être mêlés à l'affaire et pris leurs distances avec Luis Barcenas, qui a possédé, selon la presse, un compte de 22 millions d'euros en Suisse jusqu'en 2009.

"Depuis trois semaines, **les gens sont très, très, très indignés** et il est très important que les politiques le prennent au sérieux", met en garde Jesus Lizcano.

Selon un sondage paru dimanche dans le journal de droite ABC, trois Espagnols sur quatre pensent que la corruption politique augmente dans le pays et que les politiques sont mieux traités par la justice que le reste des citoyens.

Aujourd'hui au plus bas dans les sondages, le gouvernement avait annoncé au printemps 2012 un projet de loi sur la transparence de la vie politique. Tout récemment, il a proposé aux autres partis un pacte anti-corruption, conscient des failles de la démocratie établie après la fin, en 1975, de la dictature franquiste. Ce système repose notamment sur la large autonomie accordée aux 17 régions espagnoles, avec un contrôle très limité de l'Etat sur leurs finances, qui a largement contribué au dérapage budgétaire du pays.

Pour Jesus Lizcano, il y a "urgence pour les partis à publier leurs comptes et leurs sources de financement", comme d'autres pays européens le font déjà. Mais surtout, "il y a trop d'implication des partis politiques dans les hautes institutions de l'Etat" et les organes de contrôle, regrette-t-il, citant le Conseil constitutionnel ou la Cour des comptes. Il faut aussi, affirme cet expert anti-corruption, mettre fin à un "système vicié" qui permet aux partis politiques de superviser la gestion des caisses d'épargne comme Bankia, sauvée de la banqueroute par l'argent public. D'où un sentiment de connivence encore renforcé par le recrutement récent de l'ex-président de Bankia, Rodrigo Rato, ancien ministre et ancien président du Fonds monétaire international (FMI), par le géant espagnol Telefonica malgré son inculpation pour escroquerie.

Résultat, le contribuable soumis à une cure de rigueur sans précédent, dans un pays au taux de chômage de plus de 26%, pense "que la classe politique n'est pas capable de résoudre la crise, qu'elle est inutile, et qu'en plus ses membres se protègent entre eux", juge le politologue Anton Losada.

"Nous sommes un pays démocratique mais quand cela atteint un certain point, surtout avec la grande crise du chômage, cela devient un terrain miné ouvert à une explosion sociale", met aussi en garde Jesus Lizcano. Quant à la traduction en actes des paroles du gouvernement sur la corruption, "je suis sceptique, mais j'espère que je me trompe", conclut-il.



# Lëtzebuenger Vollek

## INTERNATIONALE POLITIK

### Pfadfinder in Davos

Weltwirtschaftsforum will weg vom Krisenmodus und sucht nach goldener Zukunft für das System. Agenda reflektiert Führungsanspruch und Ratlosigkeit kapitalistischer Eliten



In Davos geht es um die Zukunft der Welt. Wieder einmal. Seit Mittwoch diskutieren Vertreter der globalen Eliten auf dem Weltwirtschaftsforum (WEF) eine Agenda, die es nicht unter diesem Anspruch macht. Seit 1971 treffen sich Kapitaleigentümer und -funktionäre mit herausgehobenen Lobbyisten, sowie diversen Entertainment-Stars (beispielsweise angesagte Wirtschaftswissenschaftler oder redselige Zockergurus) im schweizerischen Luxusort. Auch wenn die Inszenierung des Eliteauftriebs zum Marketingkonzept gehört – es geht um ernste Dinge, und das Kernthema ist stets dasselbe. Übersetzt lautet es etwa: Wie retten wir unser tolles kapitalistisches System – und damit unsere schönen Profite – in die Zukunft?

WEF-Erfinder und -Lenker Klaus Schwab hat dazu zuvor Denkanstöße gegeben, die Problembewußtsein erkennen lassen. Sie verdeutlichen zugleich den unbedingten Führungswillen der westlichen Großbourgeoisie – auch wenn, oder gerade weil auf dem globalen Spielfeld immer mehr Exponenten aus mittelalterlich geprägten Ölstaaten, verkappte Mafiabosse oder sonstige gesellschaftliche Grobmotoriker mit Billionärs-Background mit von der Partie sind. Nicht von ungefähr orientiert sich die Davos-Agenda stärker als sonst an sozialökonomischen Sollbruchstellen, beispielsweise dem schärfer werdenden Gegensatz zwischen arm und reich.

*Wer verdient was*

Diese Entwicklung wird von den WEF-Analitikern als ein Kernproblem ihrer Langfristmission erkannt. In seinem kürzlich vorgestellten Risikobericht für 2013 benennt der Davos-Veranstalter das soziale Mißverhältnis als eine der größten Gefahren für das gegenwärtige System. Antworten darauf gibt es nicht, auch wenn das WEF eine Reihe von Verbesserungsvorschlägen ins Gespräch gebracht hat. Zahle ein Unternehmen seinem Spitzenmanager das 100-fache von dem, was ein einfacher Mitarbeiter bekomme, sei das nicht mehr sozialverträglich, dozierte Wirtschaftsprofessor Schwab unlängst. Kein Chef eines Unternehmens dürfe mehr als das 20-fache seines am schlechtesten bezahlten Angestellten erhalten, verlangte der WEF-Gastgeber. Die These dürfte in diversen Vorstandsetagen, je nach Mentalität der dortigen Herren, für Heiterkeit bzw. Stirnrunzeln gesorgt haben.

Natürlich beziehen Schwab und seine Leute diese Mahnungen nicht auf die Eigentümer der jeweiligen Unternehmen. Sie legen den Finger auf eine seit fast zwei Jahrzehnten wuchernde systeminterne Mutation: Kapitalfunktionäre – also Manager/Vorstandschefs – führen sich in den zum Teil kaum noch überschaubaren Großkonzernen wie Eigentümer auf. Sie lenken die Unternehmen in ihrem Interesse. Das kann sich zeitweilig formal mit dem der tatsächlichen Besitzer (Aktionäre, Fondszeichner etc.) decken, widerspricht aber dem kapitalistischen Grundprinzip, wonach der Eigentümer/Investor Kapital zur Verfügung stellt, das unternehmerische Risiko bis zum Totalverlust übernimmt und sich den Mehrwert (gern Gewinn oder Verzinsung genannt) als Profit aneignet.

Viele Konzerne, besonders Banken, konterkarieren das Prinzip, weil die Manager mit dem »fremden Geld« und außerhalb des persönlichen Risikos munter drauflos wirtschaften, sich am Mehrwert bedienen und selbst bei Schlechtleistung nichts schlimmeres zu befürchten haben als eine vorzeitige Vertragsauflösung inklusive Abfindung. In dieser Praxis vermuten zahlreiche Analytiker – allerdings zu Unrecht, denn diese resultieren aus dem immanenten Profitzwang – die Ursache für Krisen und Crashes.

In Davos spielt das, was praktisch vor der Haustür geschieht, stets eine wichtige Rolle. Die Krise in EU-Europa ist nicht ausgestanden, auch wenn zur Zeit gern so getan wird. Eher ist wahrscheinlich, daß die ganze Sache auf einen gigantischen Schuldenverzicht, bzw. einen Kollaps der Beziehungen zwischen Gläubigern und Schuldnern hinausläuft.

Angesichts der für das WEF vorgesehenen Besetzung dieses Themas ist kaum Erleuchtung zu erwarten. Hier agieren – von Angela Merkel über den Wunschkandidaten für Italiens Neuwahl, Mario Monti, bis zu diversen EU-Kommissaren – vor allem Leute, die die Karre im sprichwörtlichen Sinne eher weiter in den Dreck gefahren haben, als voranzukommen. Eine Rolle dürften zudem die Reformanstöße des britischen Premiers

David Cameron spielen, die in Brüssel offenbar als Affront statt als Diskussionsbeitrag betrachtet werden.

### *Hoffnungsträger China*

Wenn es um das stets im Kontext befindliche Hauptthema geht – also Wachstum und Profitmaximierung – bleibt den WEF-Leuten nichts übrig, als den Blick nach Shanghai, Bombay/Mumbai, Rio de Janeiro oder Moskau zu richten. Die sogenannten Schwellenländer gelten wieder als »Lokomotiven« der Weltwirtschaft, die die westlichen Industriestaaten inklusive USA aus dem Sumpf der Rezession/Rezessionsgefahr ziehen sollen. So hofft man vor allem auf China.

Die zuletzt weniger stark expandierende zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt gilt wieder als Haupthoffnungsträger für die Weltkonjunktur. So wächst das Land nach Aussage des Goldman-Sachs-Ökonomen Jim O'Neill (»Handelsblatt« vom Mittwoch) wieder so, daß allein das jährliche Plus so groß ist, wie das Bruttoinlandsprodukt Spaniens. Weniger spektakulär dürfte demnach die Konjunktur in Indien, Brasilien und Rußland verlaufen.

Neben den genannten Staaten gelten auch Mexiko, Indonesien, die Türkei und eine Reihe afrikanischer Länder als wachstumsstark. Selbst das völlig überschuldete Japan, das gerade beschlossen hat, frisches Geld per Notenpresse zu drucken, sieht Goldman-Experte O'Neill auf gutem Wege – was insofern verständlich scheint, da die USA-Großbank fast aus allen Situationen Profit zu schlagen imstande ist.

Klare Antworten auf die Frage, ob die vielerorts praktizierte Gelddruckerei die Welt aus den ökonomischen Gleis werfen könnte, sind aus Davos kaum zu erwarten, da Referenten der betroffenen Staaten dies verteidigen dürften. Auch die Befürchtung, daß mit der massiven Neuverschuldung der globale Währungskrieg (also der Drang zur Abwertung der jeweiligen Landeswährung aus Export-Konkurrenzgründen) eskalieren könnte, wird in Davos zur Sprache kommen.

Doch die Interessenunterschiede der Protagonisten auf dem Weltmarkt wird das allenfalls verdeutlichen, nicht beseitigen. Das trifft auch auf die Präsentationen verschiedener geladenen Wirtschaftsgurus zu – von Spekulantenkönig George Soros bis zu den Chefs von Weltbank und Internationalem Währungsfonds.

***Klaus Fischer, Berlin***



Freitag 25. Januar 2013

# Bloomberg Homepage

## BREAKING NEWS

Singapore Hunts for New Zuckerberg With Stanford-Style Dorm

By Sharon Chen - Jan 25, 2013

As National University of Singapore students drifted to the college bar for Wednesday's "Ladies Night," Ishan Agrawal sat in his dorm's common room, working out how to harness the Internet to fight corruption in India.

Agrawal, 22, is one of 90 hand-picked students at N-House, a residential block modeled after the dorms of California's Stanford University that housed Google Inc.'s Larry Page and Yahoo! Inc. co-founder Jerry Yang. Their Wednesday evenings brainstorming new ideas or pitching to potential investors are part of a S\$16 billion (\$13.1 billion) effort by Singapore's government to build a tropical Silicon Valley.

Singapore Joins Hunt for New Zuckerberg With Stanford-Style Dorm



Munshi Ahmed/Bloomberg

“In Silicon Valley the culture is there, it’s taken them 30 years to get to where they are today,” said Lily Chan, chief executive officer of NUS Enterprise. “We don’t have it in Singapore. Once you have that, the government policies can pull it all together. So we have to engineer that culture.”

“In Silicon Valley the culture is there, it’s taken them 30 years to get to where they are today,” said Lily Chan, chief executive officer of NUS Enterprise. “We don’t have it in Singapore. Once you have that, the government policies can pull it all together. So we have to engineer that culture.”

Photographer: Munshi Ahmed/Bloomberg

[Enlarge image](#)

[Singapore Joins Hunt for New Zuckerberg With Stanford-Style Dorm](#)



NUS Enterprise via Bloomberg

Aspiring entrepreneurs from NUS Enterprise discuss ideas with an alum, right, from the NUS Overseas Colleges program and iLEAD program in the common room at N-House, Singapore.

Aspiring entrepreneurs from NUS Enterprise discuss ideas with an alum, right, from the NUS Overseas Colleges program and iLEAD program in the common room at N-House, Singapore. Source: NUS Enterprise via Bloomberg



[Enlarge image](#)

Billpin co-founder Darius Cheung



NUS Enterprise via Bloomberg

Darius Cheung is the co-founder of Billpin, which is among more than 100 companies located in a refurbished public housing block called Blk71 funded by the government and Singapore Telecommunications Ltd.

Darius Cheung is the co-founder of Billpin, which is among more than 100 companies located in a refurbished public housing block called Blk71 funded by the government and Singapore Telecommunications Ltd. Source: NUS Enterprise via Bloomberg

[Enlarge image](#)

Singapore Joins Hunt for New Zuckerberg With Stanford-Style Dorm



NUS Enterprise via Bloomberg

People work at the hot-desk area of Blk71 in Singapore. Blk71 companies get subsidized rent and free legal and accounting advice.

People work at the hot-desk area of Blk71 in Singapore. Blk71 companies get subsidized rent and free legal and accounting advice. Source: NUS Enterprise via Bloomberg

NUS Enterprise via Bloomberg

Entrepreneurs and aspiring entrepreneurs are engaged at one of Blk71's BarCamp, an unconference event where participants share about their business and product development in Blk71, Singapore.

Entrepreneurs and aspiring entrepreneurs are engaged at one of Blk71's BarCamp, an unconference event where participants share about their business and product development in Blk71, Singapore.

Source: NUS Enterprise via Bloomberg

Singapore Joins Hunt for New Zuckerberg With Stanford-Style Dorm

NUS Enterprise via Bloomberg

Entrepreneurs and aspiring entrepreneurs are engaged at one of Blk71's BarCamp in Blk71, Singapore.

Entrepreneurs and aspiring entrepreneurs are engaged at one of Blk71's BarCamp in Blk71, Singapore. Source: NUS Enterprise via Bloomberg

Singapore Joins Hunt for New Zuckerberg With Stanford-Style Dorm

Munshi Ahmed/Bloomberg

Singapore has spent S\$50 million on about 140 technology projects over the past four years through a grant program, according to Teo Ser Luck, minister of state for Trade and Industry. "We are breeding a group of young entrepreneurs who are open to and embrace technology," he said.

Singapore has spent S\$50 million on about 140 technology projects over the past four years through a grant program, according to Teo Ser Luck, minister of state for Trade and Industry. "We are breeding a group of young entrepreneurs who are open to and embrace technology," he said.

Photographer: Munshi Ahmed/Bloomberg

"It's like a big dating party, bringing everyone together, which is what Silicon Valley does," said Agrawal, from Dehradun in northern India, who interned for a year at a startup in the San Francisco Bay area and took classes at Stanford as part of the program. "Here, you sit in the kitchen and discuss entrepreneurship ideas. You discuss entrepreneurship in the bathroom."

Singapore became Southeast Asia's only advanced economy by moving up the technology ladder, turning a trading port into the region's biggest banking center and a manufacturer of electronics, petrochemicals and pharmaceuticals. Now, the nation is looking to gain a bigger share of a software industry that raised \$28 billion in initial share sales last year.

N-House, which opened in August 2011, is one strand of a five-year plan by the government that includes offering new technology companies grants of as much as S\$500,000, supporting venture



capital funds, and encouraging high schools to teach business and entrepreneurial skills, in an effort to groom the next Mark Zuckerberg, co-founder of Facebook Inc.

### 'Something Different'

"Singapore looks quite favorable," said Josh Lerner, a Harvard Business School professor who has written about efforts to boost entrepreneurship. "If a program doesn't work, they've been willing to abandon it or fine-tune it and try something different."

So far, successes have been few. Standard-bearer for the program is Darius Cheung, 31, who sold his first company, a security program that protects mobile phone data, to McAfee Inc. for more than \$10 million in 2010.

His latest company, BillPin, is among more than 100 located in a refurbished public housing block called Blk71 funded by the government and Singapore Telecommunications Ltd. (ST), the nation's largest telecoms company. BillPin allows users to divide shared expenses like rent and bar tabs via an Internet account.

### Free Advice

Blk71 companies get subsidized office space and free legal and accounting advice. They share office space with Edgar Hardless, chief executive officer of Singtel's S\$200 million venture fund, which backs mobile-related startups. More than 90 percent of the tenants are developing Internet-based software and mobile apps, said Lily Chan, chief executive officer of NUS Enterprise, who helped develop N-House and Blk71.

Singapore is "a relatively good place to be doing a tech startup," said Cheung. "The talent pool, the capital -- it's a lot more available than when we first started."

With more Internet-connected mobile phones and residential broadband subscribers than households, the island makes an excellent test-bed, said Andrew Roth, who relocated to Singapore in 2011 from Hawaii. His Perx application, designed to replace store loyalty cards, is backed by Facebook co-founder Eduardo Saverin, who moved to Singapore in 2009 and renounced U.S. citizenship last year.

Saverin, now a permanent resident of Singapore, introduced the startup to Singtel, Roth said, leading to a partnership announced in October where the telecoms company bundles the program with other apps.

### Getting Out

While Singapore's level of development helps test new programs, some companies find its size limiting.

"One of the targets we set was to be out of Singapore within six months," said Vincent Ha, who moved his company Gushcloud to California. The program gets social media users to help retailers advertise in exchange for store discounts and benefits.

“We thought we knew everything, but when we went to Silicon Valley we realized that there are thousands more trying to solve the same problem,” he said.

While revenue from Singapore’s information-communications industry has more than doubled to S\$83.4 billion between 2001 and 2011, the share of revenue from software has slipped to 14 percent from 25 percent, according to the government’s Infocomm Development Authority.

Singapore has spent S\$50 million on about 140 technology projects over the past four years through a grant program that offers companies up to S\$500,000, according to Teo Ser Luck, minister of state for Trade and Industry. Six out of 10 companies that completed their projects were able to secure initial customers or follow-on funding, or both, said Teo, who also chairs the Action Community for Entrepreneurship, or ACE.

#### Conscious Choice

“There are more jobs than workers, so there are many who need to be encouraged to make a conscious choice to be an entrepreneur,” he said in an e-mail. “We are breeding a group of young entrepreneurs who are open to and embrace technology.”

ACE has approved 37 applications for its smallest business grant, S\$50,000, since last February, Teo said.

“We’re pretty liberal about approving them,” said Billpin’s Cheung, who sits on the grant committee. “Relative to any other country, Singapore is definitely right there at the top in terms of how easy it is to get initial capital.”

That may be a drawback, according to Palo Alto, California- based venture capitalist Adeo Ressi, whose Founder Institute helps startups in 37 cities, including Singapore.

#### ‘Best Job’

“Singapore has done the best job of any government to spawn an entrepreneurial ecosystem,” said Ressi, who travels to the city about three times a year to meet with government officials. “However, I think they’ve gone a little bit too far in making it easy. If they can’t actually raise money from people privately, they probably aren’t worthy of being in existence.”

The island of 5 million people, ranked the easiest place to do business for seven straight years by the World Bank, is the second-easiest place in Asia after Hong Kong for entrepreneurs to gain access to capital, according to a study by the Milken Institute published in 2010.

Singapore’s program is partly modeled on the success of Israel. In 2008, when Singapore’s President Tony Tan was chairman of the National Research Foundation, he flew to Tel Aviv to learn how the Mediterranean country had spawned Internet innovations like instant messaging and software firewalls.

#### Private Funding

In Israel “the presumption was within a couple of years, you were basically supposed to get funding from the private sector and off you go,” said Augusto Lopez-Claros, the World Bank’s director of global indicators and analysis, who has written about Israel’s innovation programs.

Singapore chose a middle route, continuing funding of chosen startups as long as they also are able to get capital from private investors.

Other Asian nations also are trying to foster startups. Taiwan’s National Youth Commission lent a record NT\$2.1 billion (\$72 million) to 2,661 young entrepreneurs in 2011, according to the agency’s website. In contrast, China and India, the region’s biggest economies, spawned global software companies such as Baidu Inc. and Infosys Technologies Ltd. with little initial financial backing from the government.

Facebook, which evolved from a dorm-room project when Zuckerberg was at Harvard University in Cambridge, Massachusetts, raised \$16 billion in an initial share sale in May 2012.

### Changing Model

Targeting home-grown startups is a departure for Singapore’s five-decade-old economic policy of attracting global companies such as Exxon Mobil Corp. (XOM) to set up plants and offices in the city-state.

Information and communications makes up 4 percent of the nation’s gross domestic product, compared with 21 percent from manufacturing and 26 percent from finance, insurance and business services. The government aims to foster five local enterprises with annual revenue of more than S\$1 billion, according to a research paper by the Ministry of Trade and Industry.

“We will continue with our strategy of foreign direct investment,” said Low Teck Seng, chief executive officer of the National Research Foundation, the country’s research and development body which works out of Prime Minister Lee Hsien Loong’s office. “At the same time, if our innovation and enterprise efforts are successful, there will be a pipeline of companies that grow.”

Trying to move the country to productivity-driven industries from labor-driven ones will take time, said Euben Paracuelles, a Singapore-based economist at Nomura Holdings Inc.

“It’s going to take a while to show up in the economic numbers but this is probably the right path,” said Paracuelles. “There’s going to be a transition period.”

### Supporting Research

The prime minister said the government would spend S\$16.1 billion to support research, innovation and enterprise over the five years to 2015. The city-state plans to raise research and development spending to 3.5 percent of gross domestic product by 2015, similar to Sweden and South Korea, from 2.3 percent.

To achieve the goal, Singapore will have to change its culture, according to Chan at NUS. The island came in last among 20 entrepreneurial hubs, including Silicon Valley and Bangalore, in terms of having the right mindset, according to a global survey of 50,000 startups by Startup Genome and Telefonica SA. (TEF)

While Silicon Valley has it, “it’s taken them 30 years to get to where they are today,” said Chan, a former managing director at one of the Singapore Economic Development Board’s investment wings. “We don’t have it in Singapore. Once you have that, the government policies can pull it all together. So we have to engineer that culture.”

To help the change, the government said in November it would spend S\$15 million over the next three years in the nation’s schools to encourage potential entrepreneurs, including visits by executives, on-site incubators, internships and S\$10,000 student grants.

“No one forces us to work on ideas or create companies or anything,” said Agrawal at N-House. “It’s more like if there’s a nerd group they are going to talk about these kinds of things, so it comes very naturally to all of us.”

To contact the reporter on this story: Sharon Chen in Singapore at [schen462@bloomberg.net](mailto:schen462@bloomberg.net)

To contact the editor responsible for this story: Stephanie Phang at [sphang@bloomberg.net](mailto:sphang@bloomberg.net)

# Bloomberg Homepage

Hong Kong Bribery Case Against Kwoks Ready by March

By Kelvin Wong - Jan 25, 2013 8:38 AM GMT+0100

The prosecution's bribery case against Sun Hung Kai Properties Ltd. (16)'s billionaire co-chairmen Thomas and Raymond Kwok and Hong Kong's former No. 2 official Rafael Hui will be ready by March, a court was told.

Evidence and witness statements will be available to their lawyers by Feb. 28, prosecutor David Perry said today. Acting Principal Magistrate Bina Chainrai set March 8 for the next hearing of the case. The three men were first arrested last March and charged in court in July.

The Kwok brothers and two other men conspired to provide payments, loans and the free use of apartments to Hui, the city's former chief secretary, for unspecified favors, according to the charges. The payments and loans totaled more than HK\$35 million (\$4.5 million), according to the Independent Commission Against Corruption.

The case is Hong Kong Special Administrative Region v Rafael Hui, Thomas Kwok, Raymond Kwok, Thomas Chan and Francis Kwan, ESCC2530/2012 in the Hong Kong Eastern Magistrate's Court.

To contact the reporter on this story: Kelvin Wong in Hong Kong at [kwong40@bloomberg.net](mailto:kwong40@bloomberg.net)

To contact the editor responsible for this story: Douglas Wong at [dwong19@bloomberg.net](mailto:dwong19@bloomberg.net)

Billionaire Uday Kotak, the controlling shareholder of the Indian bank with the highest lending margins, said the nation's increasing sour debts pose the biggest threat to its lenders.



Billionaire Uday Kotak

Simon Dawson/Bloomberg

Uday Kotak, chairman of Kotak Mahindra Bank Ltd., pauses during a Bloomberg Television interview on day two of the World Economic Forum in Davos on Jan. 24, 2013.

Uday Kotak, chairman of Kotak Mahindra Bank Ltd., pauses during a Bloomberg Television interview on day two of the World Economic Forum in Davos on Jan. 24, 2013. Photographer: Simon Dawson/Bloomberg

“The No. 1 focus and concern for the system, the banking system, is rising bad loans,” Kotak, 53, said yesterday in an interview with Bloomberg Television from the Swiss city of Davos while attending the World Economic Forum. “A lot of large corporates have got themselves over-leveraged, and that’s where the pain is.”

Related Links:

More Bloomberg coverage of the 2013 Davos World Economic Forum

[The Bloomberg Billionaires Index](#)

Loans to the infrastructure and mining industries are particularly under duress, said Kotak, who is managing director of Mumbai-based Kotak Mahindra Bank Ltd. (KMB) Indian banks’ bad-debt ratio jumped the most in at least five years in the 12 months ended Sept. 30 as the highest interest rates among the major emerging economies in Asia and a weakening rupee eroded companies’ earnings and crimped their ability to repay debt.

Companies borrowed \$82.1 billion in the year ended March 31, 2011, surging from \$52.5 billion in the 12 months ended March 2010 and almost four times the \$21.3 billion of the prior year, data compiled by Bloomberg show.

Following that credit boom, restructured debt -- which gives companies a moratorium on payments, longer maturities or lower interest rates to avoid defaults -- more than doubled in the year ended March 2012 to 2.2 trillion rupees (\$41 billion), according to Moody’s Investors Service.

‘Most Important’

For banks, “the single-most important issue at this stage is ensuring that the quality of the assets is in good shape,” Kotak said. “There are some banks that have taken a bigger exposure, some banks who have not.”

Kotak and his family own about 45 percent of the nine-year-old lender, a stake valued at about \$4 billion, according to data compiled by Bloomberg.

See the interactive Bloomberg Billionaires Index

The nation’s regulators also need to be cautious in extending new licenses to ensure the financial system’s stability. The plan to allow new entrants into the banking industry for the first time in more

than eight years has triggered “a very big debate” about whether corporate houses should be considered eligible, Kotak said.

Indian officials need to particularly avoid allegations of corruption in distributing the licenses, the billionaire said. The nation’s top court last year revoked 122 spectrum licenses to telecommunications companies after authorities determined that the allocation process had been riddled with corruption.

“The Indian banking industry can do with a little bit more competition,” Kotak said. Regulators just need to ensure that “some of the issues which India faced in other sectors, which have led to a perception of crony-ism, does not get repeated when banking licenses are issued.”

Still, India’s banks are continuing to grow credit at about 15 to 18 percent, and Kotak Mahindra Bank is expanding loans at about 25 percent annually, he said.

To contact the reporter on this story: Anto Antony in Mumbai at [aantony1@bloomberg.net](mailto:aantony1@bloomberg.net)

To contact the editor responsible for this story: Chitra Somayaji at [csomayaji@bloomberg.net](mailto:csomayaji@bloomberg.net)

RADSPORT: DOPINGSKANDAL

28. Januar 2013 02:10

# Fuentes - Prozess beginnt

*Fast sieben Jahre nach der Aufdeckung des größten Dopingskandals im spanischen (Rad-)Sport wird der Prozess um die „Operación Puerto“ eröffnet.*



*Eufemiano Fuentes. (Bild: AP / Victor Lerena)*



## Beben im Radsport gehen weiter

Vor einem Madrider Gericht müssen sich von Montag (28.01.13) an der Arzt Eufemiano Fuentes und vier Mitangeklagte verantworten. Unter den Angeklagten sind keine Radsportler, es wurden aber mehrere Profis als Zeugen geladen, darunter der zweimalige Tour-Sieger Alberto Contador und Ivan Basso. Auch der sogenannte „Doping-Kronzeuge“ Jörg Jaksche wird aussagen (am 11. Februar).

Bei dem im Mai 2006 aufgedeckten Skandal standen mehr als 50 Radprofis unter Dopingverdacht, auch Stars wie Jan Ullrich, Basso und Tyler Hamilton.

Neben Fuentes werden dessen Schwester Yolanda und die früheren Rennstallmanager Manolo Saiz (Once, Liberty), José Ignacio Labarta (Comunidad Valenciana) und Vicente Belda (Kelme) auf der Anklagebank sitzen.

### Zwei Jahre

Die Staatsanwaltschaft fordert für alle Angeklagten je zwei Jahre Haft und ein zweijähriges Berufsverbot. Sie legt ihnen eine Gefährdung der öffentlichen Gesundheit zur Last. Doping war zur Zeit der Aufdeckung des Skandals nach spanischem Gesetz nicht strafbar.

Die Welt-Anti-Doping-Agentur (WADA) und der Weltradsportverband UCI sind als Nebenkläger vertreten. Das Gerichtsverfahren ist bis Mitte März terminiert, die Urteile werden kaum vor April erwartet.

Der Verdächtige Alberto León, der Fuentes als Bote gedient haben soll, wurde am 10. Januar 2011 in seiner Wohnung erhängt aufgefunden.

Vergangene Woche war das Verfahren gegen den Arzt Merino Batres wegen einer Alzheimer-Erkrankung des Angeklagten eingestellt worden.



**Lindependant.fr**

## **Catalogne** Démantèlement d'un réseau de blanchiment lié à la mafia russe

Le 26 janvier à 10h46 | Mis à jour le 26 janvier

Recherchez u



Un fusil d'assaut de type Kalachnikov a été retrouvé lors d'une perquisition au domicile d'un entrepreneur immobilier russe. PHOTO/AFP

Un réseau russe de blanchiment qui pourrait être lié à Semion Mogilevich, **l'un des 10 criminels les plus recherchés par le FBI**, a été démantelé et quatre personnes ont été arrêtées vendredi à Lloret de Mar. Le réseau "a blanchi des fonds provenant principalement d'importantes organisations criminelles basées en Russie, comme Solntsevskaya et Solomonskaya", pour plus de 56 millions d'euros ces dernières années, a écrit la Garde civile dans un communiqué.

Selon Garde civile, "l'activité principale du groupe consistait dans le blanchiment de fonds provenant de Russie, qui transitaient par des pays tiers dont certains considérés comme des paradis fiscaux, avant de servir à des investissements financiers et immobiliers". Des relais du réseau se trouvaient notamment aux Iles Secheylles, aux Iles Vierges, Chypre, dans la principauté d'Andorre ou encore en République tchèque, ajoute la Garde civile, précisant que les enquêteurs ont été aidés par "de nombreux services de polices et de renseignements étrangers", dont Europol.

Les perquisitions menées dans des sociétés de Lloret de Mar vendredi ont montré "des indices qui lient certaines de ces entreprises à Semion Mogilevich, l'un des 10 criminels les plus recherchés par le FBI américain", écrit la Garde civile. De fait, sur son site, le FBI offre "une récompense de jusqu'à 100.000 dollars pour toute information menant directement à l'arrestation de Semion Mogilevich". Sur la page des "10 fuyitifs les plus recherchés du FBI", Mogilevitch est présenté comme un homme d'affaire russe pesant 131 kilos, né le 30 juin 1946, disposant d'un passeport russe mais "peut-être aussi de passeports israélien, ukrainien et grec". Il est recherché pour "blanchiment, fraude" et "sa participation présumée dans une affaire de fraude et de tromperie de milliers d'investisseurs" qui ont perdu plus de 150 millions de dollars après la faillite d'une entreprise basée aux Etats-Unis.

Parmi les personnes arrêtées en Espagne, figure un entrepreneur immobilier russe, Andrei Petrov, tête présumé du réseau à Lloret de Mar, soupçonné de corruption et de blanchiment de millions d'euros issus de contrats octroyés illégalement par la mairie de Lloret de Mar, ont précisé des sources proches de l'enquête. Un fusil d'assaut de type Kalachnikov a été retrouvé lors d'une perquisition à son domicile, selon la Garde civile qui en a publié la photo. Les quatre personnes arrêtées seront placées lundi à disposition du juge chargé de cette enquête baptisée "Clotilde". Le juge enquête notamment sur les conditions d'obtention par Andrei Petrov en 2009 d'un contrat de construction, via la société Development Diagnostic Company (DDC), d'un centre commercial (La Selva), sur un terrain situé sur l'ancienne plage de la cité touristique, ainsi que d'une réduction d'impôt pour un contrat classé dans les projets d'intérêt social, selon des sources proches de l'enquête.

L'une des entreprises d'Andrei Petrov a été l'un des sponsors du club de football local dont le président était le conseiller municipal chargé de l'urbanisme, selon ces sources. Le maire de la ville en 2009 Xavier Crespo, avait démissionné après avoir été mis en cause pour avoir perçu des montants non justifiés de plus de 350.000 euros provenant d'entreprises. Il est aujourd'hui député au parlement régional de Catalogne sous l'étiquette CiU (coalition nationaliste, majoritaire). Lloret de Mar, haut lieu touristique de la Costa Brava, accueille plus de 1.800 ressortissants russes, soit 4,5% de la population de la ville et la troisième nationalité représentée après les Espagnols et les Roumains.



**Lindependant.fr**

Le 26 janvier à 6h00 | Mis à jour le 26 janvier

## **Catalogne Corruption : quatre personnes liées à la mafia russe arrêtées à Lloret de Mar**

Un réseau russe de blanchiment qui pourrait être lié à Semion Mogilevich, l'un des 10 criminels les plus recherchés par le FBI, a été démantelé et quatre personnes ont été arrêtées hier à Lloret de Mar. Le réseau *"a blanchi des fonds provenant principalement d'importantes organisations criminelles basées en Russie, comme Solntsevskaya et Solomonskaya"*, pour plus de 56 millions d'euros ces dernières années, a écrit la Garde civile dans un communiqué. Selon elle, *"l'activité principale du groupe consistait dans le blanchiment de fonds provenant de Russie, qui transitaient par des pays tiers dont certains considérés comme des paradis fiscaux, avant de servir à des investissements financiers et immobiliers"*.

Des relais du réseau se trouvaient notamment aux Iles Secheylles, aux Iles Vierges, Chypre, dans la principauté d'Andorre ou encore en République Tchèque, ajoute la Garde civile, précisant que les enquêteurs ont été aidés par "de nombreux services de polices et de renseignements étrangers", dont Europol. Les perquisitions menées dans des sociétés de Lloret de Mar hier ont montré *"des indices qui lient certaines de ces entreprises à Semion Mogilevich, l'un des 10 criminels les plus recherchés par le FBI américain"*, écrit la Garde civile.

### **A la tête du réseau**

De fait, sur son site, le FBI offre *"une récompense de jusqu'à 100 000 dollars pour toute information menant directement à l'arrestation de Semion Mogilevich"*. Il est recherché pour "blanchiment, fraude" et *"sa participation présumée dans une affaire de fraude et de tromperie de milliers d'investisseurs"* qui ont perdu plus de 150 millions de dollars après la faillite d'une entreprise basée aux Etats-Unis. Parmi les personnes arrêtées en Espagne, figure un entrepreneur immobilier russe, Andrei Petrov, tête présumé du réseau à Lloret de Mar,

soupçonné de corruption et de blanchiment de millions d'euros issus de contrats octroyés illégalement par la mairie de Lloret de Mar.

Les quatre personnes arrêtées seront placées lundi à disposition du juge chargé de cette enquête baptisée "Clotilde". Le juge enquête notamment sur les conditions d'obtention par Andrei Petrov en 2009 d'un contrat de construction, via la société Development Diagnostic Company, d'un centre commercial (La Selva), sur un terrain situé sur l'ancienne plage de la cité touristique, ainsi que d'une réduction d'impôt pour un contrat classé dans les projets d'intérêt social.

Actualités

Luxembourg

Football

29 janvier 2013 07:48; Act: 29.01.2013 07:56Print

Scandale autour du Mondial-2022 au Qatar

«France Football» révèle que l'attribution de la Coupe du monde 2022 au Qatar a fait l'objet d'une très importante corruption.



«France Football» accuse le Qatar d'avoir acheté des voix.

Le Qatar tient à organiser le Mondial en été

En décembre 2010, l'attribution de l'organisation de la Coupe du monde 2022 au Qatar avait créé une vague de contestations. Malgré des handicaps importants, notamment au niveau climatique, le petit pays du Golfe avait été préféré aux États-Unis, à l'Australie, à la Corée du Sud et au Japon.

Dans son édition de ce mardi, France Football consacre un dossier de 20 pages aux circonstances de l'attribution de ce Mondial au Qatar. Le magazine français dénonce un «Qatargate», et avance que, lors du vote, les voix ont été achetées avec 40 000 euros dans chaque enveloppe. Pour rappel, le dossier qatarien se chiffrait à 100 milliards de dollars (plus de 75 milliards d'euros).

Selon les premiers éléments évoqués, lundi, sur la radio française RTL, «France Football», va plus loin. Son directeur de la rédaction Gérard Ejnès a en effet indiqué dès lundi soir que Michel Platini, président de l'UEFA, aurait échangé sa voix pour l'investissement du Qatar au Paris SG, avec l'accord de l'ancien président de la République française, Nicolas Sarkozy. À l'époque, l'ancien international français avait fait la promotion de la candidature du Qatar et empoché près de 11 millions d'euros.

En 2011, le président de la Fédération allemande de football Theo Zwanziger s'était prononcé pour un réexamen de la procédure d'attribution du Mondial-2022 au Qatar, en raison de soupçons de corruption. Selon «France Football», ils sont avérés.

# Bloomberg Homepage

Saudi Arabia Leads Major Weapons Markets in Corruption Ranking

By Robert Wall - Jan 29, 2013 3:01 AM GMT+0100

Saudi Arabia is among the biggest arms-importing countries that have insufficient safeguards against corruption in the defense industry, Transparency International said.

Seven of the nine countries that imported more than \$1.5 billion of weapons in 2011 ranked between high and very high for corruption risk, the non-profit organization said today as it unveiled a ranking of 82 countries. Morocco, Pakistan, Turkey and China were among the largest markets with the lowest grades.

Saudi Arabia signed a \$29.4 billion agreement with the U.S. in 2011 to buy 84 new F-15 fighter jets and modernize 70 existing ones. A unit of European Aeronautic, Defence & Space Co. (EAD) is currently being investigated by the U.K. Serious Fraud Office over bribery allegations in the country.

“Arms races can be started just to satisfy the greed of individuals,” Transparency International said in the report, whose principal author was Oliver Cover. “International security can be put at risk through corrupt agendas.”

The report highlights the risk that companies from Lockheed Martin Corp. (LMT), the world’s largest arms maker, to EADS face as they seek growth markets. Cuts in U.S. and European defense spending have driven weapons makers to pursue contracts in the Middle East, Asia and other markets to compensate for lost revenue at home.

Transparency International said that 70 percent of the countries fell into the bottom three bands for the risk of corruption, which costs the defense industry at least \$20 billion a year.

## Worst Performers

The worst performers included Algeria, Angola, Cameroon, Eritrea, the Democratic Republic of Congo, and Syria. Egypt, one of the largest recipients of U.S. military aid, was among them along with Libya, which is expected to be a major purchaser as it rebuilds its military following NATO air strikes in 2011. China, which imports weapons mainly from Russia, had a high risk for corruption, the group said.

Dealings overseas have already ensnared companies such as BAE Systems (BA/), Europe’s largest defense contractor, EADS, and Italy’s Finmeccanica SpA (FNC) in corruption probes.

“In many of the growing export markets, the defense procurement chiefs of the purchasing countries are really interested in raising anti-corruption standards, Mark Pyman, director of Transparency International U.K.’s defense and security program, said in an interview. Saudi Arabia, for instance, is trying to address shortfalls, he said.



Offsets, deals in which companies return business to the buying country, are often poorly regulated and create risks of money being misappropriated, Pyman said.

#### Best Performers

Only Germany and Australia received an A-grade, indicating a very low risk of corruption. The U.S., with the world's largest defense budget, and the U.K., western Europe's biggest spender, joined Austria, South Korea, Sweden and Taiwan in receiving B-grades, denoting low corruption risk.

Countries covered in the report, which were graded against 77 questions on issues from budgetary transparency to whistle-blower rules, spent about \$1.6 trillion on defense in 2011, Transparency International said. The report follows a study last year into corruption prevention policies at defense firms.

To contact the reporter on this story: Robert Wall in London at [rwall6@bloomberg.net](mailto:rwall6@bloomberg.net)

To contact the editor responsible for this story: Benedikt Kammel at [bkammel@bloomberg.net](mailto:bkammel@bloomberg.net)

INTERNATIONAL

29. Januar 2013 09:12

# Waffengeschäfte liefen über Athus

*Vor einem Strafgericht in Brüssel müssen sich derzeit mehrere Personen wegen illegaler internationaler Waffengeschäfte verantworten, die über Athus abgewickelt wurden und auch durch Luxemburg transitieren.*

•

Die Waffenhändler flogen nach längeren gemeinsamen Ermittlungen der belgischen und der französischen Polizei im April des vergangenen Jahres auf. Dies berichten belgische Zeitungen. Am 15. April war ein 48-jähriger Franzose in einem Waffengeschäft in Athus vorstellig geworden, um ein Dutzend beschusshemmende Westen zu kaufen. Die misstrauische Verkäuferin alarmierte die Polizei, die den potenziellen Kunden kurze Zeit später verhaftete und dann auch andere Mitglieder der Waffenschieberbande dingfest machen konnte.

Es handelt sich dabei um eine serbo-türkische Bande, deren Auftrag darin bestand, das organisierte Verbrechen in Frankreich mit Schusswaffen zu versorgen. Dabei boten sie u.a. Kalaschnikow-Schnellfeuergewehre, Pistolen und Granaten an. Die „Regisseure“ saßen in Brüssel, Drehscheibe der Aktionen war Athus. Die Waffen sollen über Deutschland, Österreich und Luxemburg transitiert haben.

Während der oben genannte Franzose für vier Jahren hinter schwedische Gardinen muss, weil er wegen ähnlicher Delikte bereits in Frankreich vorbestraft war, riskieren die anderen Bandenmitglieder Gefängnisstrafen von 15 Monaten bis sechs Jahre.

## Ermittlungen der Ärztekammern: Fast tausend Korruptionsverfahren gegen Mediziner eingeleitet

**Korruption kommt unter Medizinern offenbar regelmäßig vor: Bundesärztekammer-Präsident Montgomery hat im Gespräch mit dem SPIEGEL eingeräumt, dass in den vergangenen Jahren in fast tausend Fällen gegen Mediziner ermittelt wurde.**



DPA

In die eigene Tasche: Ärztekammern haben Hunderte Korruptionsverfahren eingeleitet

Der Präsident der Bundesärztekammer, Frank Ulrich Montgomery, hat eingeräumt, dass in den vergangenen Jahren von den 17 Ärztekammern in Deutschland fast tausend Ermittlungsverfahren gegen Ärzte eingeleitet wurden. "Wir kommen da auf 480 [Ratiopharm](#)-Fälle und fast 450 weitere Fälle", sagt Montgomery im Interview mit dem SPIEGEL.

Die Firma Ratiopharm hatte jahrelang Ärzten Geld dafür bezahlt, dass sie ihren Patienten bevorzugt Ratiopharm-Präparate verordnet haben. "Berufsrechtlich sind solche Zahlungen jedenfalls klar verboten", sagt Montgomery. "Die Ärztekammern haben 163 Ratiopharm-Ärzte bestraft, nachdem uns die Staatsanwaltschaften Akten zur Verfügung gestellt haben."

Das Pharma-Unternehmen betonte am Sonntag, Ratiopharm nehme "seit vielen Jahren Abstand von sämtlichen vertriebsfördernden Maßnahmen, die von der Öffentlichkeit als unredlich empfunden werden könnten". Die beanstandeten Fälle stammten aus den Jahren 2002 bis 2005.

Vor wenigen Monaten hatte der [Bundesgerichtshof](#) erklärt, dass [Ärzte, die Schmiergeld annehmen, vor einem Gericht nicht bestraft werden können](#). Seither haben bundesweit Staatsanwaltschaften ihre Ermittlungsverfahren gegen Ärzte wieder eingestellt. Deshalb werden die Ärztekammern

künftig auch kaum mehr Akten von Staatsanwaltschaften erhalten, um gegen diese Ärzte berufsrechtlich vorgehen zu können.

Daraus zieht der Präsident der Bundesärztekammer nun Konsequenzen: "Wir Ärzte brauchen mehr Ermittlungsrechte", sagte Montgomery, "ich wäre sehr dafür, dass wir eine polizeiähnliche Funktion bekämen, damit wir sehr früh schon selbst durchsuchen und Akten beschlagnahmen können." Montgomery erklärte auch: "Gegen einen generellen Straftatbestand für Freiberufler hätten wir nichts." Er wolle "nur kein Spezialgesetz gegen Ärzte, wie zurzeit diskutiert".

Den gegenwärtigen Zustand findet auch Montgomery unbefriedigend: "Lass uns doch diese Gesetzesvorschrift schaffen, damit die Staatsanwälte uns helfen, das Berufsrecht durchzusetzen." Die gegenwärtige Debatte kritisierte Montgomery gleichwohl als populistisch, weil derzeit "schon der Kugelschreiber, den ein Arzt geschenkt bekommt, im Ruch der Korruption steht". Montgomery: "Diese dauernde Korruptionsdebatte ist ein Stachel in unserem Fleisch, das beschädigt das Renommee meines Berufes, und zwar massiv."

## Ärzte-Quiz: Wären Sie korrupt?

Von *Nicola Kuhrt*



- **Korrupte Ärzte: Schmiergeldzahlungen an Mediziner härter bestrafen**

- |

### **Wenn das Geld lockt: Was ist erlaubt - und wo beginnt der Betrug?**

**Dürfen Ärzte sich von Pharmaunternehmen Fortbildungen zahlen lassen? Beraterverträge mit Kliniken schließen? Und was ist mit 40 Euro für einen ausgefüllten Fragebogen? Die Anti-Korruptionsregeln für Mediziner sind kompliziert. Machen Sie den Test: Wären Sie bestechlich?**

Berlin - Der Neujahrsempfang der deutschen Ärzteschaft in Berlin war diesmal weniger gut besucht als sonst. Kein Wunder, unkte so mancher der Gäste im Edelkaufhaus KaDeWe am Ku'damm: In Zeiten heftiger Debatten darüber, ob und wie das Strafrecht verschärft werden muss, um auch

niedergelassene Ärzte wegen Bestechlichkeit und Vorteilsnahme belangen zu können, war wohl manchem Mediziner nicht nach Feiern zumute.

Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr gab in der illustren Runde jedenfalls bekannt, jetzt [gegen Ärzte im Fall von Korruption und Bestechung juristische Schritte ermöglichen zu wollen](#).

Ermittlungen müssten stattfinden können, erklärte er. Bisher sei allerdings kein Änderungsvorschlag bekannt, mit dem es gelingen würde, Freiberuflichkeit und Therapiefreiheit der Mediziner zu bewahren und gleichzeitig gegen Korruption vorzugehen, sagte sein Sprecher SPIEGEL ONLINE. Bahr wolle die Strafbarkeitsfrage in den kommenden Wochen mit Ärztekammern, Kassen und Justiz beraten.

## ÄRZTE-QUIZ



Corbis

**Korrupt oder kooperativ?** Testen Sie hier, ob Sie als Arzt immer korrekt handeln würden!

**[Für Mobil-Nutzer: Hier klicken, um das Ärzte-Quiz zu starten](#)**

Auslöser der jüngsten Korruptionsdebatte [ist eine Entscheidung des Bundesgerichtshofs](#) (BGH). Der gab im vergangenen Juni bekannt, dass Bestechung niedergelassener Ärzte nach geltendem Recht nicht strafbar ist. Durch die Annahme von Zuwendungen etwa für die Verordnung bestimmter Arznei- oder Hilfsmittel machen sich Mediziner also nicht wegen Bestechlichkeit strafbar. Der Bundesgerichtshof hat den Gesetzgeber jedoch ausdrücklich darauf hingewiesen, dass es nun an ihm sei, die Strafbarkeitsfrage zu regeln. Denn dass Korruption nicht strafbar ist, bedeutet nicht, dass es sie nicht gibt.

### **Der korrupte Arzt vermeidet Strafen per Umzug**

Ärztelfunktionäre wie Andreas Köhler, Vorsitzender der [Kassenärztlichen Bundesvereinigung \(KBV\)](#), verteidigen ihre Zunft. Bestehende Richtlinien im Berufs- und Sozialgesetz würden vollkommen ausreichen, Fehlverhalten von Medizinern zu ahnden. Dennoch sah er sich angesichts der neuerlichen Debatte veranlasst, die 155.000 Kassenärzte mit einer eigenen [Broschüre auf bestehende Spielregeln hinzuweisen, programmatischer Titel "Richtig kooperieren"](#). Zu schnell könnten Ärzte in den Verdacht der Korruption geraten, mahnt Köhler in der Einleitung. Andernfalls könnten Folgen drohen, welche die Zulassung als Vertragsarzt kosten.

"Ein Spezialgesetz wird nur den Frust unter Medizinern erhöhen und den Beruf weiter unattraktiv machen", sagte Günther Jonitz, Präsident der Berliner Ärztekammer. Allerdings müssten Regeln des ärztlichen Berufs -und Sozialrechts strikt angewendet werden können. Seit langem fehlt den meisten Kammern aber eine sogenannte Nachverfolgungsmöglichkeit. Will sich ein Mediziner um seine Strafe drücken, kann er ganz einfach mit seiner Praxis umziehen - in den Handlungsbereich einer anderen Kammer. Die berufsrechtlichen Verfahren, welche die bisher zuständige Ärztekammer anstrengt, müssen in so einem Fall eingestellt werden.

Ganz konkret fordert Jonitz eine "Abschöpfungsmöglichkeit": Zusätzlich zu den Geldbußen, die bestechlichen Ärzten drohen, müssten auch deren erzielte Gewinne eingezogen werden können. "Das könnte dann an soziale Einrichtungen gespendet werden." Wird erhebliches Fehlverhalten festgestellt, müsse ein schnellerer Verlust der Zulassung ermöglicht werden. "Es kann einfach nicht sein, dass einige schwarze Schafe einen ganzen Berufsstand in Misskredit bringen können und dagegen nicht scharf vorgegangen werden kann", sagt Jonitz. Eine Erleichterung der Zusammenarbeit zwischen Kammern und anderen Ermittlungsbehörden wäre dabei ein wichtiges Ziel.

### **Ermittlungsakten vor die Tür gestellt**

>

So müssten Staatsanwaltschaften die Kammern früher über strafrechtliche Verfahren informieren können, nicht erst nach Anklageerhebung. In komplizierten Wirtschaftsstrafverfahren vergehen oft Jahre, bis Anklage erhoben wird. "Dann hat die Kammer kaum noch Möglichkeiten aktiv zu werden", sagt Jonitz. Viele Verfahren sind daher nach aktuellem Recht schon verjährt, bevor die Kammern überhaupt Kenntnis von ihnen erhalten.

Aktuell ermitteln die Staatsanwaltschaften allerdings meist nicht bei Korruptionsverdacht, sondern nur dann, wenn ein Fehlverhalten auch allgemeine Straftatbestände, wie etwa Abrechnungsbetrug, erfüllt. Die Verfahren wegen des Vorwurfs der Korruption gegen niedergelassene Ärzte haben sie nach der Entscheidung des Bundesgerichtshofes eingestellt. Die Ermittlungsakten der zum Teil nicht ausermittelten Verfahren wurden den Ärztekammern "vor die Tür gestellt", wie deren Juristen berichten.

Dem Vorschlag, den Kammern mehr Befugnisse zu übertragen, erteilte Gesundheitsminister Bahr nun aber eine klare Absage. Diese sollten zwar alle Möglichkeiten erhalten, um in Korruptionsfällen berufsrechtliche Konsequenzen zu ziehen. Kurzfristig, angehängt an das Krebsregistergesetz im Bundestag, soll der Datenaustausch von Kammern mit anderen Organisationen wie den Kassenärztlichen Vereinigungen ermöglicht werden, sagte Bahr dem Deutschen Ärzteblatt. Polizeiliche oder staatsanwaltschaftliche Ermittlungen zählten aber nicht zu den geplanten neuen Befugnissen.

## Verdacht auf Preisabsprachen: Razzia bei Media Markt und Saturn in Österreich



DPA

Schild von Media Markt und Saturn vor Firmenzentrale in Ingolstadt: Hausdurchsuchungen

**Die Elektronikhändler Media Markt und Saturn stehen in Österreich unter Druck. Kartellwächter haben Filialen der Unternehmen durchsucht. Sie vermuten Preisabsprachen mit dem Hersteller Philips bei Unterhaltungs- und Haushaltsgeräten.**

Wien - Die österreichische Bundeswettbewerbsbehörde hat den Ableger der deutschen Elektrohandelsketten Media Markt und Saturn im Visier. Wie jetzt bekannt wurde, durchsuchten Anfang Januar Beamte Filialen der Unternehmen. Von der Razzia betroffen war auch der Hersteller Philips.

Das berichtete die [österreichische Tageszeitung "Die Presse" vorab](#). Die Wettbewerbshüter vermuten Preisabsprachen zwischen Philips und Media Markt und Saturn als Einzelhändler zu Lasten des Verbrauchers. "Es gab Hausdurchsuchungen bei Saturn, Media Markt und Philips ", bestätigte ein Sprecher der Wiener Bundeswettbewerbsbehörde. Es gehe um den österreichischen Online-Handel.

Die beiden Elektrohandelsketten gehören zum deutschen Handelskonzern Metro. Eine Sprecherin der Konzerntochter sagte: "Media Markt und Saturn standen und stehen den Behörden



selbstverständlich bei allen Fragen umfassend und mit voller Kooperationsbereitschaft zur Verfügung."

Zu Beginn des Jahres hatte der Media-Saturn-Miteigner Erich Kellerhals die Strategie von Vorstandschef Olaf Koch scharf angegriffen. Metro und Kellerhals liegen seit Jahren im Clinch um die Macht bei Media-Saturn.

Im Dezember vergangenen Jahres wurde der frühere Deutschland-Chef von Media Markt zu fünf Jahren und drei Monaten Haft verurteilt. Dem Urteil zufolge nahm der Manager von einem Unternehmer für Aufträge Schmiergeld an.

## Hochschulwatch.de: Portal will gekaufte Wissenschaft entlarven

Donnerstag, 24.01.2013 – 16:52 Uhr

**Weil Unis von Bund und Ländern zu wenig Geld bekommen, suchen sie sich die Mittel anderswo - bei Unternehmen beispielsweise. Immer wieder gibt es deswegen zweifelhafte Sponsoring-Fälle zwischen Hochschulen und Wirtschaft. Ein neues Portal will sie aufdecken helfen.**



Hochschulwatch: Die Seite will den Einfluss der Wirtschaft auf Unis aufdecken

Das Geld an Hochschulen ist knapp, deswegen kooperieren Unis zunehmend mit Unternehmen. Außerdem spornen Wettbewerbe und staatliche Vorgaben gerade Universitäten zusätzlich an, sich um sogenannten Drittmittel aus der Wirtschaft zu bemühen. Korruptionswächter sind deswegen alarmiert: "Uns fallen von Jahr zu Jahr mehr Beispiele von undurchsichtigen Kooperationen auf, die potentielle Interessenkonflikte mit sich bringen", sagte Christian Humborg, Geschäftsführer von Transparency International Deutschland.

Aus diesem Grund gibt es nun das Portal [Hochschulwatch](#), eine neue Seite der Antikorruptionsorganisation in Zusammenarbeit mit dem Freien Zusammenschluss von StudentInnenschaften (FZS) und der Tageszeitung "taz". Ähnlich wie bei Wikipedia können die Nutzer auf der Seite eigene Texte schreiben und Dokumente hochladen. Vor allem Professoren, Dozenten und Studenten sollen Hinweise geben und so fragwürdige Einflussnahmen von Unternehmen an Hochschulen aufdecken. Vor der Veröffentlichung will die "taz" die Einträge prüfen.

"Wir haben die Sorge, dass Wirtschaftsinteressen immer mehr Einfluss nehmen auf das, was an den Hochschulen im Bereich von Lehre und Forschung stattfindet", sagte die Vorsitzende von Transparency International Deutschland, Edda Müller. Über 400 Hochschulen sind auf der Webseite aufgelistet, das Projekt ist auf ein Jahr begrenzt.

## 1000 Stiftungsprofessuren werden privat gefördert

Der Anteil der Drittmittel an den Hochschulhaushalten wächst und wächst: Sie verdoppelten sich auf fast sechs Milliarden Euro in den Jahren 2000 bis 2010, zum Teil kommt das Geld von öffentlichen Trägern wie der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG). Doch mit Zuschüssen von fast 1,3 Milliarden Euro trug im aktuellsten Erhebungsjahr 2010 auch die Privatwirtschaft erheblich dazu bei, dass Lehrstühle eingerichtet und Mitarbeiter eingestellt werden können.

2013.01.29.15.06.

Das Firmen Hochschulen unterstützen, ist auch äußerlich nicht mehr zu übersehen: An der Fachhochschule Würzburg heißt der Hörsaal Aldi Süd, die Universität Mannheim benannte die neue Bibliothek nach dem Geldgeber Hasso Plattner, an der Uni Potsdam sponsert der SAP-Gründer sogar ein ganzes Informatik-Institut. Bundesweit werden derzeit rund 1000 Stiftungsprofessuren privat gefördert, Unternehmen tragen fast die Hälfte davon.

Im vergangenen Jahr hatte eine Kooperation [zwischen der TU Berlin, der HU Berlin und der Deutschen Bank für Aufsehen gesorgt](#). Die Universitäten hatten der Bank nicht nur ein Vetorecht bei der Veröffentlichung von Forschungsergebnissen zugebilligt, sondern auch die Möglichkeit eingeräumt, redaktionelle Inhalte über das Finanzinstitut in Hochschulmedien zu platzieren. Die TU Berlin wies damals jeden Käuflichkeitvorwurf zurück: Einzelne Elemente des Vertrags mit der Bank würde man heute allerdings anders verhandeln, so der Uni-Präsident.

Das höchste Gut der Wissenschaft sei ihre Unabhängigkeit und Transparenz, findet Erik Marquardt vom FZS. "Hochschulwatch soll einen Beitrag dazu leisten, dass dieses Gut erhalten bleibt."

*fIn/AFP*

## Finanzaffäre um Juan Carlos' Schwiegersohn weitet sich aus



König Juan Carlos' Schwiegersohn Iñaki Urdangarin (Bild) ist in Verdacht geraten, Gelder veruntreut zu haben.

Foto: Gustavo Cuevas

(dpa) - Dem spanischen König Juan Carlos (75) droht wegen der Finanzaffäre um seinen Schwiegersohn Iñaki Urdangarin (45) neues Ungemach.

In dem Skandal um die Veruntreuung von Geldern einer gemeinnützigen Stiftung ist neben dem früheren Handballstar nun auch der Sekretär der Königstöchter Elena (49) und Cristina (47), Carlos García Revenga, in Verdacht geraten.

### Keine Stellungnahme vom Königshaus

Der Beamte des Königshauses war der Schatzmeister der Stiftung Nóos, die Urdangarin als deren Präsident zur Unterschlagung von Steuergeldern genutzt haben soll. Der zuständige Ermittlungsrichter José Castro lud den Sekretär am Dienstag für den 23. Februar vor, um ihn als Beschuldigten zu vernehmen. An diesem Tag soll auch Urdangarin, der Ehemann der Infantin Cristina, ein zweites Mal von dem Richter in Palma de Mallorca verhört werden.

Das Königshaus lehnte eine Stellungnahme zur Vorladung des Sekretärs ab. García Revenga hatte vorige Woche in einem Kommuniqué seine Unschuld beteuert und darum gebeten, vor dem Richter aussagen zu dürfen. Er habe als Schatzmeister der Stiftung keinerlei Entscheidungsgewalt gehabt, betonte er. Das Königshaus war am Wochenende weiter auf Distanz zu Urdangarin gegangen. Es ließ von seiner Homepage die Rubrik entfernen, die sich mit dem Schwiegersohn des Monarchen befasste.

**Société**

## Affaire Lagarde-Tapie: Perquisitions au domicile des juges arbitraux

20 contributions

Créé le 29/01/2013 à 11h50 -- Mis à jour le 29/01/2013 à 11h55



La directrice du Fonds monétaire international (FMI) Christine Lagarde à Davos, le 23 janvier 2013 JOHANNES EISELE AFP.COM

### **JUSTICE - Ils avaient été chargés de solder le contentieux sur la vente d'Adidas au Crédit Lyonnais...**

Les domiciles des trois juges arbitraux ayant soldé le contentieux entre [Bernard Tapie](#) et le Crédit Lyonnais sur la vente litigieuse d'Adidas ont été perquisitionnés lundi dans l'enquête sur cet arbitrage controversé, a-t-on appris ce mardi de source proche de l'enquête.

Les domiciles de l'avocat Jean-Denis Bredin, le magistrat à la [retraite](#) Pierre Estoup et l'ancien président du [Conseil constitutionnel](#) Pierre Mazeaud ont été perquisitionnés. Fin 2007, la ministre de l'Economie [Christine Lagarde](#) avait ordonné la désignation de trois juges-arbitres pour trancher le litige opposant depuis 1993 Bernard Tapie au Crédit Lyonnais. Des [perquisitions avaient déjà été menées jeudi](#) aux domiciles de Bernard Tapie et Stéphane Richard dans cette même affaire.

Les magistrats enquêtent sur la décision prise par le ministère de l'Economie au début du quinquennat de [Nicolas Sarkozy](#) de recourir à un arbitrage pour solder le contentieux qui opposait Bernard Tapie et le Crédit Lyonnais sur la vente litigieuse d'Adidas par la banque en 1993.

### **Christine Lagarde visée par la Cour de Justice de la République**

Le tribunal arbitral, juridiction privée, avait condamné le Consortium de Réalisation (CDR), structure publique qui gérait le passif du Crédit Lyonnais, à verser à l'homme d'affaires 285 millions d'euros d'indemnités (400 millions avec les intérêts).

Parallèlement, la Cour de Justice de la République (CJR) instruit le volet ministériel de l'affaire, qui vise la patronne du Fonds monétaire international (FMI), Christine Lagarde, qui était ministre de l'Economie au moment des faits.

Il est reproché à Christine Lagarde d'avoir recouru à cet arbitrage privé alors qu'il s'agissait de deniers publics, d'avoir eu connaissance de la partialité de certains juges arbitres et de ne pas avoir exercé de recours contre cet arbitrage controversé.